

Lobbyisten und ihre Einflussnahme

*Eine qualitative Studie zum Lobbyismus im
deutschen Gesetzesprozess zur
CO₂-Abscheidung und -Speicherung der Jahre
2009—2012*

Åsmund Strand Johansen



Masterarbeit in Deutscher Kulturkunde
Institut für Literatur, Kulturkunde und europäische
Sprachen

UNIVERSITETET I OSLO

Herbst 2013

Lobbyisten und ihre Einflussnahme

*Eine qualitative Studie zum Lobbyismus im deutschen
Gesetzesprozess zur CO₂-Abscheidung und -Speicherung der
Jahre 2009—2012*

© Åsmund Strand Johansen

2013

Lobbyisten und ihre Einflussnahme: Eine qualitative Studie zum Lobbyismus im deutschen Gesetzesprozess zur CO₂-Abscheidung und -Speicherung der Jahre 2009—2012

Åsmund Strand Johansen

<http://www.duo.uio.no/>

Trykk: Reprosentralen, Universitetet i Oslo

Zusammenfassung

In dieser Masterarbeit wird das Lobbying gegenüber dem Entscheidungsträger im Fall des CCS-Gesetzes von 2009 – 2012 in Deutschland anhand von Interviews mit dem Energieunternehmen Vattenfall und den Umweltorganisationen WWF und Greenpeace untersucht. Lobbyismus wird von den Politikwissenschaftlern Thomas Leif und Rudolf Speth als fünfte Gewalt bezeichnet. Die „fünfte Gewalt“ ist eine Analogie zu den drei unabhängigen Gewalten der Staatstheorie, nämlich die Exekutive (vollziehende Gewalt), die Legislative (Gesetzgebung) und die Judikative (Rechtsprechung). Nicht nur große Unternehmen wie Vattenfall, sondern auch Umweltorganisationen wie Greenpeace und WWF bekennen sich heute zur Lobby-Arbeit und Lobbying ist die meist verbreitete Handlungsweise der deutschen Umweltorganisationen.

CCS ist eine Abkürzung des Englischen Carbon Dioxide Capture and Storage, auf Deutsch: CO₂-Abscheidung und -Speicherung. CCS ist eine Technologie, die versucht, das CO₂ abzuscheiden und unterirdisch zu speichern, so dass es nicht in die Atmosphäre gelangt. CO₂ gilt als die Hauptursache des globalen Klimawandels und viele sehen CCS als eine Möglichkeit, den CO₂-Ausstoß zu reduzieren, während andere es als eine teure und gefährliche Technologie sehen, die eine Sackgasse ist.

Viele Bücher und Artikel sind über das Thema Lobbyismus geschrieben worden und viele Artikel widmen sich dem Gesetzgebungsverfahren, dem CCS-Gesetzgebungsprozess in Deutschland. Obwohl einige Artikel sich dem Lobbying bei diesem Prozess gewidmet haben, haben sich keine mit den Aussagen von Akteuren beschäftigt, die selber aktiv waren, um Einfluss auf Entscheidungsträger auszuüben. Der Bundestagsabgeordnete und Berichterstatter zu CCS bei der SPD, Marco Bülow, hat allerdings ein Kapitel zum CCS-Prozess im Licht von Lobbying, in dem Buch *Wir Abnicker* (2010) geschrieben, aber aus der Sicht der Entscheidungsträger. Dort behauptet Bülow, dass die Umweltverbände es wegen ihrer deutlich geringeren personellen und finanziellen Ausstattung schwer haben, ein Gegengewicht zu den Unternehmen und ihren Vertretungen in der Konkurrenz um Einfluss zu bilden. Diese Arbeit wird diese Behauptung im Licht des Gesetzgebungsprozesses zu CCS untersuchen.

Danksagungen

Seit Kjell Magne Bondevik sein Amt als norwegischer Premierminister im Jahr 2000, wegen der Opposition gegen Gaskraftwerke ohne Abscheidungstechnologien, verlassen hat, habe ich das Thema CO₂-Abscheidung interessant gefunden. Als politisch Engagierter habe ich mich natürlich für die politische Einflussnahme und Lobbying interessiert. Die deutsche Debatte zu CCS hat seinen Höhepunkt erreicht, als ich 2011 Praktikant im Bundestag war. Es hat mich dazu inspiriert, diese Arbeit zu schreiben.

Meinem Betreuer, Professor Thomas Sirges – danke für die Anleitung!

Dem ehemaligen Bundestagsabgeordneten, Wolfgang Nešković, muss für die Offenlegung seines Archivs gedankt werden. Danke!

Tore Kielland Bull bei der AV-Abteilung an der Universität in Oslo muss für seine Unterstützung gedankt werden. Ohne die schnelle Ausbildung, die ich für die Anwendung eines Aufnahmerekorders erhielt habe, wäre die Qualität der Interview-Aufnahmen alles andere als gut gewesen.

Yvonne Arlt muss für ihr brillantes Korrekturlesen bei dieser Masterarbeit erwähnt werden: Ein recht herzliches Dankeschön!

Carine Sveen Bjørnstad muss dafür gedankt werden, dass sie in den letzten zwei Jahren immer geholfen hat, wenn ich Fragen zur deutschen Sprache hatte.

Und dann: Ingeborg Lauvhjell und Tonje Tangen Kemp – danke für all die Jahre, die wir hier an der Universität zusammen studiert haben. Bedenkt – jetzt sind wir alle am Ziel. Nicht schlecht!

Familie und Freunden muss natürlich dafür gedankt werden, dass sie genau das sind - Familie und Freunde. Während Vidar dafür gedankt werden muss, dass er der beste Freund der Welt ist, und weil er mir das Abendessen kocht, wenn ich spät nach Hause von der Universität komme. Das macht er fast immer - zumindest ab und zu ... Es ist passiert! Ich liebe dich!

Inhalt

1	Einleitung	1
1.1	Aufbau der Arbeit	2
2	Lobbyismus	4
2.1	Geschichte des Wortes Lobbyismus	4
2.2	Geschichte des deutschen Lobbyismus	5
2.3	Was ist eigentlich Lobbyismus?	6
2.3.1	Pluralismus vs. korporatistische Theorie	7
2.3.2	Meinungsbildung als Teil des Lobbyismus	8
2.3.3	Lobbyismus und Interessenvertretung	9
2.4	Das Policy-Zyklusmodell: Wo der Lobbyismus entsteht	10
2.5	Die wichtigsten Methoden der Lobbyisten	12
2.6	Professionelle Lobbyisten	12
2.7	Regeln für den Lobbyismus	13
2.8	Lobbying der Umweltbewegung und der Energieunternehmen	16
3	Qualitative Interviews	19
3.1	Auswahl der Befragten	20
3.2	Grundlegende Unterschiede: Vattenfall, WWF und Greenpeace	22
3.2.1	Vattenfall	22
3.2.2	WWF	23
3.2.3	Greenpeace	24
3.3	Die Befragten	24
3.4	Erstellung der Interviewleitfäden	25
3.5	Transkription und Auswertung der Interviews	28
4	Deutscher Energiemix, Energiewende und CCS	30
4.1	CCS als Teil der Problemlösung	30
4.2	Finanzielle Unterstützung für gute CCS-Projekte	32
4.2.1	Bundesregierung, Parteien und Bevölkerung	33
4.2.2	Lokale Gegner und Befürworter	34
4.3	Beispiele von CCS: Sileipner, Ketzin und Schwarze Pumpe	36
5	Lobbystrategie, der Prozess und die Argumente	38
5.1	Die Lobbystrategie und einige Kritikpunkte der Akteure	38

5.2	Um früh Einfluss auszuüben.....	42
5.3	Einfluss der Umweltbewegungen und der Energieunternehmen	45
5.4	Bindungen, Kontakte und Spenden	47
5.5	Professionelle Lobbyisten.....	49
5.6	Neue Regierung und erneuter Versuch.....	50
5.7	Kompromiss zum deutschen CCS-Gesetz	53
6	Schlussfolgerung	56
	Literaturverzeichnis.....	60
	Anhang	68

1 Einleitung

Diese Arbeit wird sich mit Lobbyarbeit im Allgemeinen und der Interessenvertretung in Bezug auf einen politischen Konflikt, dem Streit um das CCS-Gesetz von 2009 – 2012 in Deutschland im Besonderen beschäftigen. CCS ist eine Abkürzung des Englischen Carbon Dioxide Capture and Storage, auf Deutsch: CO₂-Abscheidung und –Speicherung oder Kohlendioxid einfangen und speichern. CCS ist eine Technologie, die versucht, das CO₂ abzuscheiden und unterirdisch zu speichern, so dass es nicht in die Atmosphäre gelangt. CO₂ gilt als die Hauptursache des globalen Klimawandels und viele sehen CCS als eine Möglichkeit, den CO₂-Ausstoß zu reduzieren, während andere es als eine teure und gefährliche Technologie sehen, die eine Sackgasse ist. Die politischen Konfliktlinien der CCS in Deutschland laufen zwischen Umweltorganisationen und Energieunternehmen, zwischen verschiedenen Umweltorganisationen, zwischen politischen Parteien und innerhalb politischer Parteien, zwischen Bund und Ländern und zwischen den Bundesländern.

Lobbyismus ist das übergeordnete Thema meiner Masterarbeit, und der Prozess um den deutschen Gesetzentwurf zur Abscheidung und Speicherung von CO₂ mein Fallbeispiel. In diesem Zusammenhang werde ich die Lobbystrategie von drei verschiedenen Akteuren untersuchen: Das Energieunternehmen Vattenfall, die Umweltorganisationen WWF (World Wide Fund For Nature) und Greenpeace. Diese Arbeit wird die jeweilige Lobbystrategie der drei Akteure untersuchen. Unter anderem werden die drei Akteure im Hinblick darauf untersucht, welche Strategie sie verfolgt haben, um Einfluss auf den Gesetzesprozess zu CCS zu erlangen.

Die Haltung zu CCS war über Jahre eine andauernde Debatte in Deutschland und sowohl Energieunternehmen, Bürgerinitiativen und Umweltorganisationen haben versucht Einfluss auszuüben. Die finanziellen und personellen Ressourcen der Akteure sind aber sehr ungleich verteilt.

Insgesamt hat die Bundesregierung zwei Gesetzentwürfe zu CCS vorgeschlagen, von denen der erste am 24.6.2009 zurückgezogen wurde (16/1278 – Entwurf eines Gesetzes zur Regelung von Abscheidung, Transport und dauerhafter Speicherung von Kohlendioxid), u.a.

wegen Streitigkeiten innerhalb der CDU/CSU.¹ Der Prozess um CCS ist so lange gelaufen, dass Vattenfall 2011 das Aus für das geplante CCS-Demonstrationskraftwerk in Jämschwalde meldete:

Aufgrund der fortwährenden Hängepartie um das deutsche CCS-Gesetz sieht sich Vattenfall gezwungen, seine Planungen für das CCS-Demonstrationsprojekt Jämschwalde einzustellen.²

Der zweite Gesetzesvorschlag (17/5750 – Entwurf eines Gesetzes zur Demonstration und Anwendung von Technologien zur Abscheidung, zum Transport und zur dauerhaften Speicherung von Kohlendioxid) wurde nach vielen Verhandlungen, Änderungen und Verspätungen 2012 vom Bundestag beschlossen. Trotz der drei verschiedenen Haltungen gegenüber CCS sind weder Vattenfall, noch WWF, noch Greenpeace mit dem schlussendlichen Beschluss zufrieden.

Durch drei qualitative Interviews mit diesen drei Akteuren zum Lobbying bei dem CCS-Gesetzgebungsprozess werde ich die Interessenvertretung zu CCS in der Zeit vor und während des Gesetzesprozesses zu CCS in Deutschland untersuchen. Die zentrale Fragestellung sowie die untergeordnete Problematik meiner Arbeit lauten folgendermaßen:

Welche Lobbystrategie haben Vattenfall, Greenpeace und WWF verfolgt? Können Lobbyismus und die Argumente dieser Akteure erklären, warum der Gesetzentwurf zu CCS (2009 – 2012) mehrmals gescheitert ist?

1.1 Aufbau der Arbeit

In Kapitel 2 werden die theoretischen Grundlagen zum Lobbyismus präsentiert aber auch ein kurzer geschichtlicher Überblick und der Stand der Lobbysituation Deutschlands heute. Kapitel 3 widmet sich dem qualitativen Interview als Methode und dem Vorgang, nach dem

¹ Ines Heisterkamp, *Hintergrundpapier: Genese und Scheitern des deutschen CCS-Gesetzgebungsverfahrens (2008-2009)* (Germanwatch e.V., Bonn 2010), S.8.

² Vattenfall, *Hängepartie um CCS-Gesetz erzwingt Aus für Milliardeninvestition in der Lausitz* (5.12.2011), URL: <http://corporate.vattenfall.de/media-test/newstest-de/hangepartie-um-ccs-gesetz-erzwingt-aus-fur-milliardeninvestition-in-der-lausitz/> (Stand: 05.12.2013).

die Befragten meiner Arbeit ausgewählt wurden. Kapitel 4 widmet sich CCS, deren Unterstützer und Gegner und den Herausforderungen damit. In Kapitel 5 werden Teile der Antworten der Interviews in Zusammenhang mit der theoretischen Grundlagen, die Hypothese und der zentralen Fragestellung meiner Arbeit betrachtet. Kapitel 6 ist der Schlussfolgerung gewidmet.

2 Lobbyismus

Lobbyismus wird von den Politikwissenschaftlern Thomas Leif und Rudolf Speth als fünfte Gewalt bezeichnet.³ Die „fünfte Gewalt“ ist eine Analogie zu den drei unabhängigen Gewalten der Staatstheorie, nämlich die Exekutive (vollziehende Gewalt), die Legislative (Gesetzgebung) und die Judikative (Rechtsprechung).⁴ Presse/Medien werden oft informell als „vierte Gewalt“ bezeichnet, was aber von Jürgen Wilke, einem ehemaligen Professor für Publizistik der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz, problematisiert wird:

Diese Gleichsetzung mit den konstitutionellen und durch den Volkswillen demokratisch legitimierten Gewalten ist aber problematisch, gerade weil die Medien staatsfrei sein sollen. Allenfalls im metaphorischen Sinne kann man den Begriff "vierte Gewalt" gebrauchen, um die Macht der Medien zu unterstreichen.⁵

Dementsprechend wird die „fünfte Gewalt“ in dieser Arbeit als Begriff verwendet, der dem Lobbyismus Macht und Einfluss zuschreibt, ihn aber nicht als eine *durch den Volkswillen demokratisch legitimierte Gewalt* beschreibt. Laut der Definition der Forscher Anne Therese Gullberg und Leif Helland, die den Report *Profesjonell lobbyisme: Norske elitors bruk og holdninger* geschrieben haben, ist Lobbyismus eine Art Interessenvertretung, in der man durch nicht-institutionalisierten direkten Kontakt mit Entscheidungsträgern, öffentliche Entscheidungen zu beeinflussen versucht. Die Entscheidungsträger sind die Bürokratie oder die Politiker.⁶

2.1 Geschichte des Wortes Lobbyismus

Die USA wird oft als das Land des Lobbyismus bezeichnet, und der Begriff *Lobbyismus* ist wahrscheinlich in den USA entstanden. Der erste Nachweis des Wortes *Lobbyist* stammt aus

³ Thomas Leif/ Rudolf Speth, „Titelseite,“ in: *Die fünfte Gewalt – Lobbyismus in Deutschland*, Hrsg.: Thomas Leif/ Rudolf Speth (VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2007).

⁴ Brockhaus, die Enzyklopädie in vierundzwanzig Bänden, „Gewaltenteilung, Gewaltentrennung,“ in: *Bd. 8* (F.A. Brockhaus GmbH, Leipzig-Mannheim 1997), S.492-493.

⁵ Jürgen Wilke, *Funktionen und Probleme der Medien* (31.5.2012), URL: <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/139163/funktionen-und-probleme?p=all> (Stand: 02.10.2013).

⁶ Anne Therese Gullberg/Leif Helland, „Profesjonell lobbyisme: Norske elitors bruk og holdninger,“ in: *Makt og demokratiutredningen 1998-2003 – Rapportserien Nr. 67/70* (Unipub AS/Makt og demokratiutredningen 1998-2003, Oslo 2003), S.9.

dem Jahre 1829.⁷ Nach einem Brand im Weißen Haus musste der amerikanische Präsident Ulysses Grant vorübergehend in ein Hotel ziehen. Interessenvertreter warteten in der Lobby des Hotels, um Einfluss auf Grant auszuüben.⁸

Der deutsche Bundestagsabgeordnete Marco Bülow (die Sozialdemokratische Partei Deutschlands – SPD), der das Buch *Wir Abnicker – Über Macht und Ohnmacht der Volksvertreter* geschrieben hat, unterstützt die Theorie, dass der Begriff Lobbyismus von der Lobby des Willard Hotels in Washington hergenommen ist. Bülow ist aber der Meinung, dass er nicht nach dem Brand des Weißen Hauses entstanden ist, sondern mit der günstigen Lage des Hotels zwischen Weißem Haus und Capitol und den guten Zigarren und dem Brandy des Hauses, die Grant gerne zusammen mit Wirtschaftsvertretern und Abgeordneten in der Lobby genoss, zusammenhängt.⁹

Der Professor der Politikwissenschaft, Peter Lösche, hat eine andere Theorie; er führt den Begriff Lobby auf die Wandelhalle eines Plenarsaals zurück:

[...]die vor dem Plenarsaal eines Parlaments gelegene Wandelhalle, eben die Lobby, in der Vertreter von Verbänden, Interessengruppen, Unternehmen und anderen Organisationen, also die Lobbyisten, die Parlamentarier anzusprechen vermochten, um sie entsprechend der von ihnen repräsentierten Interessen zu beeinflussen und zu überzeugen.¹⁰

2.2 Geschichte des deutschen Lobbyismus

Der Lobbyismus in Deutschland ist infolge der steigenden Anzahl von Vereinsgründungen entstanden. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts setzte in Deutschland eine große Welle der Vereinsgründungen ein.¹¹ Nach der deutschen Reichsgründung hatten sich neue Verbandstypen wie *der Bund deutscher Industrieller* (BdI) und *der Bund deutscher Landwirte* (BdL) entwickelt. Sie repräsentierten die entsprechenden Interessen und leisteten erfolgreiche

⁷ Thomas Leif/ Rudolf Speth, „Einleitung,“ in: *Die fünfte Gewalt – Lobbyismus in Deutschland*, Hrsg.: Thomas Leif/ Rudolf Speth (VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2007), S.19.

⁸ Bernd Brackmann, *Macht des Lobbyismus oder Ohnmacht der Politik? – Eine diskursive Analyse*, Dozentin: Prof. Dr. Annette Zimmer (Westfälische Wilhelms Universität, Münster 31.1.2005), S.3.

⁹ Marco Bülow, *Wir Abnicker – Über Macht und Ohnmacht der Volksvertreter* (Econ/Ullstein Buchverlage GmbH, Berlin 2010), S.155.

¹⁰ Peter Lösche, *Verbände und Lobbyismus in Deutschland* (Verlag Kohlhammer, Stuttgart 2007), S.20.

¹¹ Hermann Bausinger, *Typisch deutsch – Wie deutsch sind die Deutschen?* (Verlag C.H. Beck oHG, München 2005), S.68.

Lobbyaktivitäten in der Regierung und Bürokratie. Diese informelle Beeinflussung der kaiserlichen Politik ist vergleichbar mit dem damaligen amerikanischen Lobbying. Laut Speth und Leif ist der wesentliche Unterschied zwischen Deutschland und den USA gewesen, dass man in den USA die Gefahr nicht wahrgenommen hat, dass das Gemeinwohl durch allzu mächtige Verbände gefährdet werden kann.¹² Heute ist die organisierte Interessenvertretung ein wichtiger Bestandteil der deutschen Demokratie, wie der ehemalige Präsident des Deutschen Bundestages Wolfgang Thierse hervorgehoben hat: „Die organisierte Interessenvertretung ist ein konstitutives Element der Demokratie geworden.“¹³ In Deutschland ist man dennoch dem Lobbyismus gegenüber sehr kritisch eingestellt; 75% der Deutschen meinen, dass die Lobbyisten zu viel Einfluss auf die Politik ausüben.¹⁴

2.3 Was ist eigentlich Lobbyismus?

Laut Thomas Leif und Rudolf Speth ist das Ziel des Lobbyings

[...]die Beeinflussung der Regierung durch bestimmte Methoden, mit dem Ziel, die Anliegen von Interessengruppen möglichst umfassend bei politischen Entscheidungen durchzusetzen.¹⁵

Helland und Gullberg unterstreichen, dass auch nicht getroffene Entscheidungen Teil der Definition von Lobbyismus sein sollten. Es kann z.B. zweckmäßig sein, einen Fall weit entfernt von der Tagesordnung zu halten.¹⁶ Die Organisation LobbyControl, die für mehr Regulierung der Lobbybranche arbeitet, sagt dazu:

Lobbyarbeit bedeutet nicht nur, die eigenen Interessen in sich anbahnenden Gesetzen oder Verordnungen unterzubringen, sondern auch ungeliebte Gesetzentwürfe von vornherein zu verhindern. So informieren Unternehmen die Politik häufig im Vorfeld

¹² Leif/Speth, „Einleitung“ 2006: S.19.

¹³ Hajo Schumacher, „Die ewig netten Herren“ *Berlin ist die Hauptstadt eines wild wachsenden Lobbyismus*, in: *Die fünfte Gewalt – Lobbyismus in Deutschland*, Hrsg.: Thomas Leif/ Rudolf Speth (VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2007), S.87.

¹⁴ Spiegel Online(DE), *Bürger haben desaströses Bild von Abgeordneten* (18.07.2012), URL: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/umfrage-deutsche-massiv-unzufrieden-mit-arbeit-des-bundestags-a-845016.html> (Stand: 15.03.2013).

¹⁵ Leif/Speth, „Einleitung“ 2006: S.12.

¹⁶ Gullberg/Helland „Profesjonell lobbyisme“ 2003: S.9-10.

über möglicherweise strittige Pläne oder Investitionsentscheidungen, um politische „Querschüsse“ gegen das Unternehmen zu vermeiden.¹⁷

Gullberg und Helland heben hervor, dass alle Entscheidungsträger auf der administrativen oder politischen Ebene das Ziel von Lobbyisten sein können.¹⁸ Unter der Definition von Leif und Speth sollte man deswegen nicht nur die Regierung als solche verstehen, sondern alle nachgeordneten Gliederungen, die bindende Entscheidungen treffen können. Man bezeichnet aber nicht das Handeln von Politikern, wie die parlamentarische Arbeit, als Lobbyismus, weil Politiker selbst die Entscheidungsträger sind.¹⁹ Lobbyisten treffen keine bindenden politischen Entscheidungen.

2.3.1 Pluralismus vs. korporatistische Theorie

Wichtig ist, dass Lobbyismus als nicht-institutionalisierter Direktkontakt mit Beamten oder Politikern gekennzeichnet wird. Mit „nicht-institutionalisiert“ ist der Einfluss gemeint, der nicht über den korporatistischen Kanal erfolgt. In der korporatistischen Theorie der Politikwissenschaften redet man nicht vom Lobbyismus, sondern *von der Vermittlung von Interessen durch langfristig orientierte und institutionalisierte Arbeit der Verbände*. Die interessenpolitischen Forderungen fließen durch Konsensbildung und Verhandlungen gemäßigt ein. In der pluralistischen Theorie der Politikwissenschaften begrenzen die Interessengruppen sich gegenseitig und Lobbying ist das wichtigste Werkzeug um Einfluss auf den Staat zu erlangen.²⁰ Speth und Leif schreiben:

Lobbying hat in dieser Sichtweise seine grundsätzliche theoretische Berechtigung, weil es als ein notwendiges Element des demokratischen Willensbildungsprozess in einer Gesellschaft angesehen wird. In ihr haben die Interessengruppen eine eigenständige Berechtigung neben den politischen Parteien.²¹

Lobbying wird in Deutschland ständig üblicher. Heute arbeiten rund 5000 Lobbyisten in Berlin, um die Entscheidungsträger zu beeinflussen, während es im Jahr 1973 nur 600

¹⁷ Dietmar Jazbinsek, Heidi Klein, Ulrich Müller, Regina Stötzel, *LobbyPlanet Berlin: Der Reiseführer durch den Lobbydschungel*. (LobbyControl – Initiative für Transparenz und Demokratie, Köln 2010), S.16.

¹⁸ Gullberg/Helland „Profesjonell lobbyisme“ 2003: S.9.

¹⁹ Ebd.: S.11.

²⁰ Vgl. Leif/Speth, „Einleitung“ 2006: S.17.

²¹ Ebd.

Lobbyisten in Bonn gab.²² Daraus kann man vielleicht annehmen, dass die deutsche Politik heute in die Richtung Pluralismus gegangen ist.

Die Professoren der Politikwissenschaft Francesco Kjellberg und Marit Reitan behaupten, dass die pluralistischen Modelle als eine Art offener und sich selbst regulierender Markt gesehen werden kann, in dem Organisationen miteinander um Mitglieder und Einfluss konkurrieren.²³ Somit werden die Umweltorganisationen im Kampf gegen den Klimawandel nicht nur Alliierte sein, sondern auch Konkurrenten z.B. im Kampf um Spenden, Mitglieder oder um Einfluss in der Politik. Die Annahme liegt nahe, dass verwandte Organisationen wie z.B. Umweltorganisationen gegensätzliche Haltungen einnehmen, um sich voneinander abzugrenzen und Unterschiede sichtbar zu machen.

In der Frage von Lobbyismus und Interessenvertretung fühlen sich 72% der deutschen Unternehmen nicht gut vertreten durch ihre Dachverbände.²⁴ Deswegen ist die Vertretung von Interessen durch Verbände nicht immer ausreichend, um die Einzelinteressen durchzusetzen, und die Großunternehmen nehmen immer öfter die Vertretung ihrer Interessen in die eigene Hand und lassen sich nicht mehr nur durch Dachverbände vertreten.²⁵ Man kann sich vorstellen, dass nicht alle Energieunternehmen die gleiche Haltung zur Kernenergie oder erneuerbaren Energiequellen annehmen. Ein Energieunternehmen, das hauptsächlich Solarenergie entwickelt, ist für die Abschaltung der Atomanlagen und für Investitionen in erneuerbare Energien, während ein Atomkraftbetreiber das anders sehen kann.

2.3.2 Meinungsbildung als Teil des Lobbyismus

Entscheidungsträger werden nicht nur durch direkten Kontakt mit den Lobbyisten beeinflusst. Um den politischen Willensbildungsprozess zu gewinnen, ist es hilfreich, wenn die Öffentlichkeit den Standpunkt der Lobbyisten teilt. Dann kann auch die Bevölkerung mobilisiert werden, so dass sie Druck gegenüber den Entscheidungsmachern ausüben kann. Indirekte Einflussnahme wie Petitionen und politische Aktionen, wie Demonstrationen, können deswegen auch wichtige Bestandteile vom Lobbyismus sein. Gullberg und Helland

²² Lösche 2007: S.114-115.

²³ Gullberg/Helland „Profesjonell lobbyisme“ 2003: S.4.

²⁴ Thomas Leif/ Rudolf Speth, „Demokratie braucht Lobbying,“ in: *Die fünfte Gewalt – Lobbyismus in Deutschland*, Hrsg.: Thomas Leif/ Rudolf Speth (VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2007), S.61.

²⁵ Lösche 2007: S.64.

definieren aber die direkten Kontakte mit den Entscheidungsträgern als Lobbyismus und die indirekten Kontakte mit Entscheidungsträgern und die Beeinflussung der Öffentlichkeit als Öffentlichkeitsarbeit und Meinungsbildung.²⁶ Eine solche Unterscheidung zwischen Meinungsbildung und Lobbyismus trifft die Organisation LobbyControl nicht. Im Falle der Zuteilung von Verschmutzungsrechten im Emissionshandel (der nationale Allokationsplan) heuerte Vattenfall 2004 die Lobby-Firma Hill&Knowlton an, um eine Grasroot-Kampagne gegenüber der Schröder-Regierung zu mobilisieren, mit dem Ziel, die Medien und die Öffentlichkeit zu beeinflussen. LobbyControl bezeichnet diese Kampagne als Grasroot-Lobbying.²⁷ Diese Arbeit wird sich aber an die Definition von Gullberg und Helland halten. Die direkten Kontakte mit Entscheidungsträgern, mit dem Ziel um Einfluss zu erlangen, werden in dieser Arbeit als Lobbyismus bezeichnet, während die Beeinflussung der Öffentlichkeit als Meinungsbildung bezeichnet wird.

2.3.3 Lobbyismus und Interessenvertretung

Leif und Speth unterscheiden auch zwischen Lobbying und der Vertretung von Interessen. Während Interessenvertretung permanent geschieht, erfolgt Lobbying punktuell, z.B. um den Beschluss eines Gesetzes zu verhindern oder zu beeinflussen. Lobbying ist auch normalerweise für die Bevölkerung nicht sichtbar und hat einen informelleren Charakter als die Interessenvertretung.²⁸ Vereinigungen und Organisationen wie der *Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.* (BDI) gelten als Interessenvertreter. Dieser vertritt eine Menge von Interessen in der Öffentlichkeit und gegenüber den Entscheidungsträgern in Deutschland, Europa und der Welt. Der BDI „[...]spricht für 38 Branchenverbände, 15 Landesvertretungen und mehr als 100.000 Unternehmen mit rund 8 Millionen Beschäftigten.“²⁹ Diese Arbeit wird nach der Definition von Leif und Speth als Interessenvertretung gesehen, während der Versuch, Einfluss auf ein konkretes Gesetzesvorhaben zu erlangen, als Lobbying gesehen wird.

²⁶ Gullberg/Helland „Profesjonell lobbyisme“ 2003: S.9-10.

²⁷ Jazbinsek/Klein/Müller/Stötzel 2010: S.34.

²⁸ Leif/Speth, „Einleitung“ 2006: S.14.

²⁹ Bundesverband der Deutschen Industrie, *Unser Mandat* (o.J.), URL: <http://www.bdi.eu/Mandat.htm> (Stand: 20.9.2013).

Statt zwischen Interessenvertretung und Lobbyismus nach der Definition von Speth und Leif zu unterscheiden, teilt Marco Bülow Lobbyisten in zwei Kategorien ein. In die erste Kategorie kommen die, wie er sie nennt, privaten Interessenvertreter (private interest groups). Das sind „Wirtschaftsverbände und Unternehmen, für die Gewinnmaximierung und Profit an erster Stelle stehen“ er nennt sie auch „Profit-Lobbyisten“.³⁰ Auf der anderen Seite gibt es NGOs oder politische und soziale Interessenorganisationen, die für die Umwelt, für Verbraucher, Arbeitslose, Rentner oder für die Rechte von Kindern kämpfen. Diese Organisationen arbeiten für das Allgemeinwohl, meint er.

Der Begriff „Profit-Lobbyisten“ ist in der Fachliteratur über Lobbyismus, weder bei Lösche noch bei Leif und Speth, noch bei Gullberg und Helland zu finden. Es ist zu vermuten, dass es mehr ein politisierter Begriff als ein fachlicher Terminus ist. Peter Lösche problematisiert auch die Verwendung des Begriffes Allgemeinwohl in Zusammenhang mit dem Lobbyismus:

Wird von einem Verbandsfunktionär behauptet, seine Organisation habe nur das Gemeinwohl im Auge, dann lügt er, er will die Öffentlichkeit an der Nase herumführen.³¹

Ich finde es auch problematisch, dass Bülow Interessenvertreter nach solchen Kriterien kategorisiert. Das Allgemeinwohl ist keine absolute Größe und kann sich mit der Zeit ändern und ist oft vom politischen Standpunkt abhängig. Ein Abgeordneter, der Christdemokrat ist, sieht vielleicht das Allgemeinwohl bei Wirtschaftsthemen anders als einer von den Grünen. Ich werde die fachlichen Termini Lobbyist und Interessenvertreter in dieser Arbeit benutzen.

2.4 Das Policy-Zyklusmodell: Wo der Lobbyismus entsteht

Die Beeinflussung der Entscheidungsträger muss nicht unbedingt nur auf der politischen Ebene stattfinden. Überall „[...]wo über die Ausrichtung und die Durchführung von Politik entschieden wird[...]“ sind Lobbyisten tätig.³² Deswegen wird die Bürokratie immer häufiger

³⁰ Bülow 2010: S.155.

³¹ Lösche 2007: S.132.

³² Brockhaus, die Enzyklopädie in vierundzwanzig Bänden, *Lobbyismus*, in: Bd. 13 (F.A. Brockhaus GmbH, Leipzig-Mannheim 1997), S.500.

Ziel der Einflussnahme. Andreas Tinglum, der als Lobbyist beim amerikanischen Hill&Knowlton-Konzern arbeitet, behauptet, dass normalerweise nicht die politische Ebene das Ziel der Lobbyisten ist.³³ Der Lobbyist möchte in den Prozess so schnell wie möglich einsteigen, um möglich frühzeitig Einfluss zu erlangen. Unter anderem behauptet der Lobbyist Uwe Berlinghoff: „Wir beobachten einen Bedeutungsverlust des Parlaments und eine Stärkung der Exekutive und der Ministerialbürokratie.“³⁴ Der Lobbyist hält am häufigsten Kontakt mit den Referenten und nicht mit den Ministern, den Staatssekretären usw., solche Treffen sind, laut Leif und Speth, der Unternehmensleitung vorbehalten.³⁵ Das macht auch Sinn; wenn man auf die in den Bundestag eingebrachten Gesetze schaut, stammen nur 12% bis 14% von den Regierungsfractionen im Parlament, während der Löwenanteil aus den Ministerien stammt.³⁶ Dass der Lobbyist sich einsetzt, wo die Politik entwickelt wird, stimmt auch mit der theoretischen Einschätzung des Zeitpunktes überein, wann Lobbying entsteht: „Je früher, desto besser“³⁷ Infolge des Policy-Zyklusmodells entsteht Politik in sieben Phasen, in der dritten Phase wird der Lobbyismus am intensivsten:

1. Die Definition des Problems
2. Agenda-Setting
3. Formulierung der Politik
4. Entscheidung über den politischen Gegenstand
5. Umsetzung der Politik
6. Die Ergebnisse
7. Evtl. Neuformulierungen und Nachjustierungen von Maßnahmen

Sicher ist aber, dass der Einfluss im vorparlamentarischen Raum immer wichtiger und Lobbying in den ersten drei Phasen dieses Modells immer aktueller wird.³⁸

³³ Andreas Tinglum: Facebook-Nachrichten 4.4.2013 auf meine Frage: „*Welche Ebene ist normalerweise das Ziel der Lobbyisten?*“

³⁴ Thomas Leif/ Rudolf Speth, „Der Lobbyist will politische Entscheidungen beeinflussen. Fragen an Lobbyisten,“ in: *Die fünfte Gewalt – Lobbyismus in Deutschland*, Hrsg.: Thomas Leif/ Rudolf Speth (VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2007), S.116.

³⁵ Leif/Speth, „Einleitung“ 2006: S.22.

³⁶ Thomas Leif/Rudolf Speth, „Der Lobbyist will politische Entscheidungen beeinflussen“ 2006: S.102.

³⁷ Rudolf Speth, „Die Ministerialbürokratie: erste Adresse der Lobbyisten,“ in: *Die fünfte Gewalt – Lobbyismus in Deutschland*, Hrsg.: Thomas Leif/ Rudolf Speth (VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2007), S.99.

³⁸ Vgl. Leif/Speth, „Einleitung“ 2006: S.15-20.

2.5 Die wichtigsten Methoden der Lobbyisten

Die wichtigsten und effektivsten Methoden der Lobbyisten sind das Einsammeln, Aufbereiten und die Weitergabe von Information. Als Lobbyist muss man etwas anbieten können, und Expertisen sind für Lobbyisten immer wichtiger geworden. Deswegen ist Wissen das wichtigste Gut für Lobbyisten. Organisationen benutzen beträchtliche Ressourcen, um eigene wissenschaftliche Untersuchungen durchzuführen, um dieses Wissen in die Gespräche mit den Entscheidungsträgern einzubringen. „Die Möglichkeiten, in diesen Verhandlungen etwas zu erreichen, hängen ab von den Ressourcen, die den Akteuren zur Verfügung stehen“, schreibt Jochen Roose.³⁹ Man kann Lobbyisten auch als eine Art Experten sehen, die Wissen aus erster Hand besitzen. Ein Entscheidungsträger braucht oft dieses Wissen, um einen Gesetzesvorschlag zu verabschieden.⁴⁰ Peter Lösche unterstreicht aber, dass es entscheidend ist, dass die Informationsvermittlung interessengeleitet ist.⁴¹

Während Leif und Speth meinen, Veranstaltungen, die durch Lobbyisten arrangiert werden, wie u.a. parlamentarische Abende und Vorträge, seien wenig effektiv als Einfluss-Methode, weil dort gewöhnlich keine direkten Gespräche zwischen den Entscheidern und den Lobbyisten entstehen,⁴² meint Peter Lösche, dass solche Veranstaltungen viele Gesprächsmöglichkeiten bieten.⁴³ Solche Gespräche können es später für den Entscheidungsträger einfacher machen, mit dem Lobbyisten Kontakt aufzunehmen.

2.6 Professionelle Lobbyisten

Es gibt keinen Konsens bei den Begriffen Lobbyismus und professioneller Lobbyismus.⁴⁴ Gullberg und Helland benutzen folgende Definition von professionellem Lobbyismus:

Unter dem Begriff des professionellen Lobbyismus versteht man eine Transaktion, bei der ein Dritter dafür bezahlt wird (oder für den Versuch), das Ergebnis eines behördlichen Entschlusses in eine Richtung zu beeinflussen, die

³⁹ Jochen Roose, „Auf dem Weg zur Umweltlobby – Zur Vertretung von Umweltinteressen in Deutschland,“ in: *Die fünfte Gewalt – Lobbyismus in Deutschland*, Hrsg.: Thomas Leif/ Rudolf Speth (VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2007), S.281.

⁴⁰ Lösche 2007: S.121.

⁴¹ Ebd.: S.20.

⁴² Leif/Speth, „Einleitung“ 2006: S.26.

⁴³ Lösche 2007: S.74.

⁴⁴ Gullberg/Helland „Profesjonell lobbyisme“ 2003: S.9.

für den Zahlenden von Vorteil ist. Direkte Einflussnahme ist eine Voraussetzung, aber beide, der Dritte und/oder der Zahlende stehen für die direkte Einflussnahme. Den Dritten bezeichnen wir nur dann als einen professionellen Lobbyisten, wenn er keinen Unterschied zwischen den verschiedenen Zahlenden und ihren Präferenzen für bestimmte behördliche Beschlüsse macht, und wenn er in keinem festen Arbeitsverhältnis mit dem Zahlenden steht.⁴⁵

Nach dieser Definition von professionellen Lobbyisten sind Personen gemeint, die nicht direkt bei einem Verband oder Unternehmen arbeiten. Eine Person, die bei Vattenfall und mit Beeinflussung gegenüber Entscheidungsträgern arbeitet, ist Lobbyist. Eine Person, die bei Lobby-Firmen wie Burson Marsteller oder Hill&Knowlton angestellt ist, und eine Woche für die Bayerische Milchindustrie arbeitet um bessere Rahmenbedingungen für Molkereien in Deutschland zu schaffen und in der nächsten Woche einen Auftrag für Vattenfall annimmt, wird nach dieser Definition zu den professionellen Lobbyisten gezählt. Dass Energieunternehmen wie Vattenfall professionelle Lobbying-Firmen einsetzen, um ihre Ziele zu erreichen, ist zweifellos wahr, wie das Beispiel mit dem nationalen Allokationsplan und Hill&Knowlton zeigt. Diese Arbeit wird sich an die Definition von Gullberg und Helland halten, und deswegen wird die Arbeit von Hill&Knowlton für Vattenfall trotzdem nicht als professioneller Lobbyismus definiert, sondern als Öffentlichkeitsarbeit/Meinungsbildung, weil es keinen direkten Kontakt mit den Entscheidungsträgern gab, sondern eine Beeinflussung der Öffentlichkeit.

2.7 Regeln für den Lobbyismus

Mehrmals sind in Deutschland umfassende Regeln für den Lobbyismus vorgeschlagen worden, aber der Lobbyismus ist wenig reguliert. Die deutsche Regierung muss beispielsweise die Öffentlichkeit nicht darüber informieren, mit wem sie während der Ausarbeitung eines Gesetzes kommuniziert hat.⁴⁶ So können z.B. große Energieunternehmen wie Vattenfall eng mit der Regierung einen Gesetzentwurf erarbeiten, ohne dass die

⁴⁵ Norwegisches Original: «Med profesjonell lobbyisme forstår vi en transaksjon der tredjeperson betales for å (forsøke å) påvirke utfallet av et myndighetsvedtak i en retning som er fordelaktig for betaler. Direkte påvirkning er en forutsetning, men både tredjeperson og/eller betaler tillates å stå for den direkte påvirkningen. Vi regner tredjeperson som en profesjonell lobbyist bare dersom han ikke diskriminerer mellom ulike betalere med utgangspunkt i deres preferanser for myndighetsvedtak, og bare dersom han ikke står i et fast og varig arbeidsforhold til betaler.» (Ebd.: S.15)

⁴⁶ Leif/Speth, „Einleitung“ 2006: S.15.

Öffentlichkeit davon weiß. Die Befürworter für schärfere Regeln im deutschen Lobbying argumentieren oft, dass die Lobbyisten Strippenzieher sind und dass sie nicht nur beeinflussen, sondern auch mitbestimmen.⁴⁷

„Kleinspenden“ an Parteien, die unter 50.000 Euro betragen, müssen in Deutschland nicht veröffentlicht werden, und Politiker können nach ihrer politischen Karriere direkt in ein Unternehmen wechseln. Beispiele solcher Politiker gibt es viele, u.a. Wolfgang Clement, der dem wirtschaftsfreundlichen Flügel der SPD angehörte und heute Mitglied des Aufsichtsrats des Energieunternehmens RWE Power AG (früher unter dem Namen Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG bekannt) ist.⁴⁸ Ein anderes Beispiel ist der Leiter des Bereiches Klimapolitik der Vattenfall Europe AG, Wolfgang Dirschauer, der früher als energie- und umweltpolitischer Referent für die SPD-Bundestagsfraktion arbeitete.⁴⁹ In allen Parteien gibt es Beispiele für Personen, die vom Bundestag in die Wirtschaft gewechselt sind. Beispiele von Politiker, die zurück in die Politik wechseln, gibt es auch viele.⁵⁰

Politiker, die zu den Lobbyisten wechseln und manchmal auch wieder zurück in die Politik gehen, werden oft als Drehtürpolitiker bezeichnet. Die Drehtürproblematik macht die Einführung einer Quarantäne-Zeit für ehemalige Abgeordnete notwendig, behauptet der Bundestagsabgeordnete, Marco Bülow. Er schlägt vor, dass ehemalige Minister und Abgeordnete in den ersten vier Jahren nach Amtsaustritt keine Spitzenpositionen annehmen dürfen.⁵¹ Auch Peter Lösche befürwortet solche Regelungen als einen Weg zur Bekämpfung des sogenannten Drehtüreffekts, meint aber, dass 18 Monate bis zwei Jahre ausreichen, zumindest, wenn man innerhalb desselben Politikbereichs arbeitet.⁵² Dies bedeutet, dass man z.B. nicht direkt vom Energieausschuss des Bundestages in Führungspositionen bei Vattenfall oder RWE wechseln kann. Marco Bülow fürchtet, dass ein Stellenwechsel in die Wirtschaft „ein lukratives Dankeschön“⁵³ sein kann, gegenüber dem Politiker. In diesem Zusammenhang im deutschen Grundgesetz ist der Artikel 38, der die Unabhängigkeit der Abgeordneten des Deutschen Bundestages unterstreicht, von Interesse:

⁴⁷ Bülow 2010: S.180.

⁴⁸ Hannes Koch, „Lobby gegen Lobby: Wie Wolfgang Clement und Hermann Scheer um die innerparteiliche Ausrichtung der Energiepolitik kämpfen,“ in: *Schluss mit Lobbyismus! 50 einfache Fragen auf die es nur eine Antwort gibt*, Hrsg.: Ines Pohl (Westend Verlag GmbH, Frankfurt/Main 2012), S.53.

⁴⁹ Wolfgang Dirschauer, *Partnerstandpunkt von Vattenfall Europe: Wie weiter mit CCS?* (21.5.2012), URL: <http://www.euractiv.de/energie-und-klimaschutz/analysen/wie-weiter-mit-ccs-006323> (Stand: 1.5.2013).

⁵⁰ Die Tageszeitung, *Von Böcken, die Gärtnern* (25.2.2013), URL: <http://www.taz.de/1/archiv/archiv/?dig=2013/02/25/a0072> (Stand: 04.11.2013).

⁵¹ Bülow 2010: S.198.

⁵² Peter Lösche 2007: S.133.

⁵³ Bülow 2010: S.198.

(1) Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.⁵⁴

Ändert ein Politiker seine Politik, um seine spätere Karriere als Lobbyist vorzubereiten oder attraktiver zu machen, ist er nicht mehr ein Vertreter des ganzen Volkes, sondern er repräsentiert die Interessen seines zukünftigen Arbeitsgebers, meinen die Kritiker wie Bülow.

Einige Regeln zur Regulierung des deutschen Lobbyismus gibt es aber doch:

1. Spenden an Parteien von Unternehmen in öffentlicher Hand oder aus dem Ausland sind untersagt.⁵⁵
2. Spenden, die 50.000 Euro übersteigen, müssen in Deutschland publik gemacht werden. Deswegen kann man z.B. auf der Internetseite des Bundestages lesen, dass das Energieunternehmen E.ON 100.000 Euro an die CDU und 150.000 Euro an die SPD im Jahr 2006 gespendet hat.⁵⁶ Großspenden an politische Parteien, die im Bundestag vertreten sind, sind in Deutschland üblich. So spendet die Allianz Versicherung z.B. Geld an alle „die freie Marktwirtschaft unterstützenden Parteien.“⁵⁷ Das heißt, sie unterstützt alle Parteien im Bundestag, mit Ausnahme der Partei DIE LINKE.
3. Seit den siebziger Jahren gibt es ein Register im Deutschen Bundestag für Vertreter der Verbände, in das sie sich eintragen lassen *können*. Dieser Eintrag ist jedoch freiwillig. Und so bleibt es laut der Organisation LobbyControl weiter „[...]unklar, wer in Berlin, in wessen Auftrag, mit welchem Ziel und mit welchen Finanzmitteln Lobbyarbeit betreibt.“⁵⁸

⁵⁴ Deutscher Bundestag, *Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland* (vom 23. Mai 1949, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 11. Juli 2012), URL:

http://www.bundestag.de/bundestag/aufgaben/rechtsgrundlagen/grundgesetz/gg_03.html (Stand: 3.2.2013).

⁵⁵ Deutscher Bundestag, *Unterrichtung durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages. Bericht über die Rechenschaftsberichte 2008 und 2009 der Parteien sowie über die Entwicklung der Parteienfinanzen gemäß § 23 Absatz 4 des Parteiengesetzes – Drucksache 17/8200* (Deutscher Bundestag, Berlin 16.12.2011), S.25-30.

⁵⁶ Deutscher Bundestag, *Parteispenden über 50.000 € - Jahr 2006* (2006-2007), URL:

<http://www.bundestag.de/bundestag/parteienfinanzierung/fundstellen50000/2006/index.html> (Stand: 6.12.2013).

⁵⁷ Allianz SE, *Allianz SE spendet an Parteien* (28.6.2013), URL:

http://www.allianz.com/de/presse/news/unternehmen/corporate_governance/news_2013-06-28.html (Stand: 19.7.2013).

⁵⁸ Timo Lange, *Bundesländer: Lobby-Transparenz ungenügend* (24.4.2013), URL:

<http://www.lobbycontrol.de/2013/04/bundeslaender-lobby-transparenz-ungenuegend/> (Stand: 25.4.2013).

Die Amerikaner haben schon längst die Notwendigkeit für klare Regeln erkannt, und der deutsche Lobbyismus ist deswegen deutlich weniger reguliert als in den USA, wo sich beispielsweise alle Lobbyisten in ein Lobbyregister eintragen *müssen*.⁵⁹ Ein solches Register könnte in Deutschland dazu beitragen, mehr Transparenz im Lobbyismus zu bekommen, behaupten Organisationen wie Transparency International und LobbyControl, die sich für schärfere Regeln im Lobbyismus in Deutschland einsetzen.⁶⁰

2.8 Lobbying der Umweltbewegung und der Energieunternehmen

Nicht nur Unternehmen, sondern auch nicht-Regierungsorganisationen wie Greenpeace bekennen sich heute zur Lobby-Arbeit.⁶¹ Laut Jochen Roose haben bei der Umweltbewegung Protestaktionen seit den 1990er Jahren an Gewicht verloren, während Lobbyismus wichtiger geworden ist.⁶² Lobbying ist laut einer Erhebung deutscher Umweltorganisationen die meist verbreitete Handlungsweise, und Lobbying wird ständig wichtiger. Die deutsche Umweltbewegung hat sich im Laufe der 1990er Jahre bewusst mehr auf Kooperation und gesprächsorientierte Arbeitsweisen konzentriert, auf Kosten der Protestaktionen. Diese Umwandlung ist aber nicht ohne interne Konflikte und Proteste passiert.⁶³ Viele Umweltorganisationen bekennen sich auch zu einer Art von *Doppelgleisigkeit*, laut Leif und Speth. Die Verbandsspitze macht Lobbying, während die Mitglieder Protestaktionen und traditionelle Aktionen durchführen.⁶⁴ Es gab in den letzten 10 Jahren viele Beispiele für Umweltorganisationen, die traditionelle Aktionen und Demonstrationen durchführten. Die Montagsdemonstrationen gegen den neuen Bahnhof in Stuttgart (Stuttgart 21) im Jahr 2009, die Unterschriftenaktionen gegen Nachtflüge im Jahr 2011 bei dem neuen Flughafen in Berlin (Willy Brandt Flughafen – BER) und die spontanen Demonstrationen in ganz Deutschland gegen Atomkraft nach der Atomkatastrophe 2011 in Japan (Fukushima) sind nur drei

⁵⁹ Bülow 2010: S.190.

⁶⁰ Timo Lange, *Bundesländer: Lobby-Transparenz ungenügend* (Stand: 25.4.2013).

⁶¹ Thomas Leif/ Rudolf Speth, „Anatomie des Lobbyismus,“ in: *Die stille Mach. Lobbyismus in Deutschland*, Hrsg.: Thomas Leif/ Rudolf Speth (VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2003), S.8.

⁶² Roose, „Auf dem Weg zur Umweltlobby“ 2006: S.279.

⁶³ Ebd.: S.276-280.

⁶⁴ Leif/Speth, „Anatomie des Lobbyismus“ 2003: S.23.

Beispiele. Diese zeigen, dass Protestaktionen immer noch wichtig sind auch wenn es vielleicht weniger als früher gibt.

Laut einer Umfrage, die das Bundesministerium für Umwelt im Jahr 2006 in Auftrag gegeben hat, meinen die Deutschen, dass die Umweltbewegung über bessere Kompetenzen verfügt, um Probleme im Bereich des Umweltschutzes zu lösen, als die Industrie. Während 67% der deutschen Bevölkerung weitgehendes Vertrauen in die Umweltverbände haben, haben nur 8% dieses Vertrauen in die Industrie.⁶⁵ Laut dem Professor für vergleichende Politikwissenschaft Martin Sebaldt haben Verbände, die mit der Wirtschaft zusammenarbeiten, seit den 1970er Jahren an Bedeutung in den politischen Arenen verloren, während Umweltorganisationen an Bedeutung gewonnen haben.⁶⁶ Es scheint also den Umweltverbänden im Gegensatz zur Industrie gelungen zu sein, das Vertrauen der Bevölkerung und der Politiker zu gewinnen.

Trotz der Zahlen, die zeigen, dass der Lobbyismus, die meist verbreitete Handlungsweise der Umweltbewegung ist, bezweifelt Marco Bülow, dass die Umweltverbände genug Zugang zu den Politikern bekommen, und fürchtet, dass die Umweltorganisationen von den Politikern benachteiligt werden:

Während beispielsweise die Umweltverbände nur alle paar Jahre einen Gesprächstermin mit der obersten Fraktionsleitung der SPD bekommen, finden solche Treffen mit der Geschäftsführung der großen Energieunternehmen regelmäßiger und viel häufiger statt.⁶⁷

Nach Bülow soll es dagegen noch gravierender bei der Freien Demokratischen Partei (FDP) und der Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) sein. Es kann aber eingewendet werden, auf der Grundlage des Policy-Zyklusmodells, dass Lobbying dort am intensivsten ist, wo die Politik entwickelt wird. Wenn der Löwenanteil der Gesetzesvorschläge aus den Ministerien stammt,⁶⁸ ist vielleicht nicht der Kontakt zur Fraktionsleitung der SPD für die Umweltverbände entscheidend, um Einfluss zu erlangen. Dr. Jochen Roose vom Institut Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin teilt die Meinung, dass es schwer sein kann, umweltpolitische Forderungen in Konkurrenz mit der Wirtschaft

⁶⁵ Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU), *Umweltbewusstsein in Deutschland 2006 – Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsfrage* (BMU, Berlin 2006), S.45.

⁶⁶ Lösche 2007: S.37.

⁶⁷ Bülow 2010: S.181.

⁶⁸ Leif/Speth, „Der Lobbyist will politische Entscheidungen beeinflussen“ 2006: S.102.

durchzusetzen, vor allem in Zeiten großer Arbeitslosigkeit. Umso wichtiger wäre es, „[...]auch die Umweltproblematik auf die politische Agenda zu setzen.“⁶⁹

⁶⁹ Roose, „Auf dem Weg zur Umweltlobby“ 2006: S.285.

3 Qualitative Interviews

In dieser Arbeit stehen nicht die Zahlen und die einzelnen Variablen im Mittelpunkt, wie bei einer quantitativen Methode, sondern es wird versucht, einen Einblick in „eher verschlossene gesellschaftliche Teilbereiche“ zu gewinnen.⁷⁰ Viele Bücher und Artikel sind über das Thema Lobbyismus geschrieben worden, und viele Artikel widmen sich dem Gesetzgebungsverfahren, dem CCS-Gesetzgebungsprozess in Deutschland zwischen 2009 und 2012. Obwohl einige Artikel sich dem Lobbying bei diesem Prozess gewidmet haben, haben sich keine mit den Aussagen von Akteuren beschäftigt, die selber aktiv waren, um Einfluss auf Entscheidungsträger auszuüben, den Lobbyisten. Der Bundestagsabgeordneter und Berichterstatter zu CCS bei der SPD, Marco Bülow, hat allerdings ein Kapitel zum CCS-Prozess im Licht von Lobbying, in dem Buch *Wir Abnicker* (2010) geschrieben, aber aus der Sicht der Entscheidungsträger. Wenn man einen Bereich oder Phänomen studiert, das man nicht besonders gut kennt, ist die qualitative Methode eine geeignete Vorgehensweise.⁷¹ Im Buch *Qualitative Forschung – Ein Handbuch* wird der Anspruch der qualitativen Forschung so beschrieben:

Qualitative Forschung hat den Anspruch, Lebenswelten „von innen heraus“ aus der Sicht der handelnden Menschen zu beschreiben. Damit will sie zu einem besseren Verständnis sozialer Wirklichkeit(en) beitragen und auf Abläufe, Deutungsmuster und Strukturmerkmale aufmerksam machen. Diese bleiben Nichtmitgliedern verschlossen, sind aber auch den in der Selbstverständlichkeit des Alltags befangenen Akteuren selbst in der Regel nicht bewusst.⁷²

Bei dieser Arbeit habe ich mich deswegen für die qualitative Methode entschieden.

Wenn man eine empirische Untersuchung des menschlichen Handelns untersuchen will, stehen das Einsammeln von entsprechenden Dokumenten, Gespräche mit den Akteuren und die teilnehmende Beobachtung zur Verfügung.⁷³ Bei dieser Arbeit handelt es sich um den

⁷⁰ Uwe Flick, Ernst von Kardorff, Ines Steinke, „Qualitative Forschung im Kontext – Einleitung,“ in: *„Qualitative Forschung“ Ein Handbuch*, Hrsg.: Uwe Flick, Ernst von Kardorff, Ines Steinke (Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg 2010), S.588.

⁷¹ Asbjørn Johannessen, Per Arne Tufte, Line Christoffersen, *Introduksjon til samfunnsvitenskapelig metode* (Abstrakt forlag AS, Oslo 2010), S.32.

⁷² Uwe Flick, Ernst von Kardorff, Ines Steinke, „Was ist qualitative Forschung? Einleitung und Überblick,“ in: *„Qualitative Forschung“ Ein Handbuch*, Hrsg.: Uwe Flick, Ernst von Kardorff, Ines Steinke (Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg 2010), S.14.

⁷³ Christian Lüders, „Beobachten im Feld und Ethnographie,“ in: *„Qualitative Forschung“ Ein Handbuch*, Hrsg.: Uwe Flick, Ernst von Kardorff, Ines Steinke (Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg 2010), S.384-385.

Vorgang, das Handeln einiger Akteure zwischen 2009 und 2012 zu rekonstruieren. Teilnehmende Beobachtung fordert viel Zeit, um ein Teil des Alltags einer Organisation zu werden und bei standardisierten Interviews wird es schwer, die Ereignisse zu rekonstruieren, weil es auf feste Antwortkategorien beruht. Deswegen kamen die teilnehmende Beobachtung und strukturierte Interviews für mich *nicht* in der Frage, sondern Interviews mit den Akteuren, die selber tätig waren.

Wegen des Umfangs dieser Arbeit war es wichtig die Menge an Befragten zu begrenzen und um die Analysen der Interviews zu erleichtern habe ich mich entschieden, die Interviews über E-Mail durchzuführen. Offene Interviews funktionieren mehr als ein Gespräch als Interview und das Benutzen von E-Mail schließt deswegen diese Alternative aus. Teilstandardisierte Interviews bieten aber die Möglichkeit an, die verschiedenen Themen, die mit der übergeordnete Fragestellung zusammenhängen, in einen Interviewleitfaden zu integrieren.⁷⁴ Wenn alle Fragen durch den Befragten beantwortet werden, sind die wichtigsten Themen behandelt worden. Deswegen wurden teilstandardisierte Interviews bei dieser Arbeit benutzt.

3.1 Auswahl der Befragten

Im Voraus habe ich mich entschieden Organisationen oder Unternehmen zu interviewen, die aktiv mit Lobbying in der Frage zu CCS waren, und am liebsten verschiedene Standpunkte vertraten. Im Ausgangspunkt wollte ich eine Umweltorganisation und ein Energie-Unternehmen interviewen. Der eine sollte positiv zu CCS sein, der andere eher negativ. Um geeignete Interviewpartner zu finden habe ich zuerst eine E-Mail an Jonas Helseth geschickt, der als Direktor bei der europäischen Abteilung der Umweltorganisation Bellona arbeitet. Bellona engagiert sich aktiv für die CCS-Technik in Europa und Weltweit und betreibt aktiv Lobbyarbeit zu dieser Frage. Er besitzt deswegen einen guten Überblick über Europäische Akteure, die aktiv zu dieser Frage in Europa sind. Helseth hat sich verschiedene Gedanken zu meiner Arbeit gemacht aber auch vorgeschlagen, eine Organisation, die nicht nur gegen CCS war, sondern auch eine, die ambivalent zu CCS war. Während der größte Teil der Wissenschaft überwiegend positiv gegenüber CCS als eine effektive Möglichkeit zur

⁷⁴ Johannessen, Tufte, Christoffersen 2010: S.138.

Reduzierung der CO₂-Belastung eingestellt ist, ist die Umweltbewegung Deutschlands in dieser Frage gespalten. Nicht nur zwischen den verschiedenen Organisationen, sondern auch innerhalb vieler Organisationen gab es Streit um diese Umwelttechnologie.⁷⁵ Helseth hat die WWF als möglichen Interviewpartner vorgeschlagen, weil WWF Ambivalent zu CCS war.⁷⁶ Durch das Lesen von Anhörungsdokumente des Bundestages, wurde auch deutlich, dass WWF sehr aktiv bei dem Gesetzgebungsprozess zu CCS war.

In 2011 habe ich ein Praktikum im Deutschen Bundestag bei dem Bundestagsabgeordneten Wolfgang Nešković gemacht. Er hat sich als Abgeordneter viel mit Energiepolitik und der CCS beschäftigt. Sein Archiv enthielt viele Zeitungsartikel, Unterlagen und Informationen zu CCS und darüber, welche Akteure am Gesetzgebungsprozess am aktivsten beteiligt waren. Deswegen habe ich ihm eine E-Mail geschickt und um Zugang zu seinem Archiv gebeten:

Es wäre dabei für mich von großer Bedeutung, wenn ich Zugang zu den Unterlagen, Artikelsammlungen usw. zum Thema CCS in Deinem Büro bekommen kann. Dort sind auch zahlreiche Artikel gesammelt, die ich elektronisch nicht finden kann. Ich würde Dir natürlich in meiner Masterarbeit dafür herzlich danken.⁷⁷

Ich erhielt sofort eine Antwort, und mir wurde der Zugang zum Pressearchiv und zu allen seiner Unterlagen zugesichert. Dabei muss berücksichtigt werden, dass die Zusammenstellung seiner Materialien durch seine negative Haltung zur Kohleindustrie und zu CCS beeinflusst sein kann und sein Wahlkreis in der Region Spree-Neiße (Brandenburg) beheimatet ist, was vielleicht zu einer ungleichen Verteilung der Befürworter und Gegner geführt haben kann. Man kann sich vorstellen, dass der Konzern Vattenfall, der mehr Tagebau in Brandenburg betreibt als RWE, öfter im Archiv vertreten ist. Insgesamt ergab das Archiv aber ein differenziertes Bild über die Lobbyaktivitäten der Akteure. Das Energieunternehmen Vattenfall schien der aktivste Befürworter für CCS bei dem Gesetzgebungsprozess gewesen zu sein, und die Organisation, die sich aber am stärksten gegen diese Technologie aussprach war Greenpeace. Ich fing deshalb an, mehr über Vattenfall, Greenpeace und WWF zu recherchieren.

⁷⁵ Bülow 2010: S.160-161.

⁷⁶ Jonas Helseth, *Re: Masteroppgave – Co2-lagring* (E-Mail, 5.11.2012).

⁷⁷ Åsmund Strand Johansen, *CCS und Masterarbeit* (E-Mail, Oslo 10.1.2013).

3.2 Grundlegende Unterschiede: Vattenfall, WWF und Greenpeace

Während der schwedische Staatskonzern Vattenfall zu den vier großen Energieversorgern in Deutschland gehört, kennt man Greenpeace und WWF als zwei der drei größten Umweltorganisationen Deutschlands. Greenpeace benutzt oft spektakuläre Aktionen als Methode zur Einflussnahme, während WWF eine moderat auftretende Organisation ist, behauptet Jochen Roose.⁷⁸ Unter moderat auftretender Organisation verstehe ich eine Organisation, die mehr für Spendenaktionen für den aussterbenden Panda bekannt ist als für die Blockierung von Walfängern in Japan und andere spektakuläre Aktionen, wie dies bei Greenpeace der Fall ist. Es handelt sich also um Unterschiede in der Arbeitsweise.

3.2.1 Vattenfall

Für die Energieerzeugung Vattenfalls in Deutschland sind u.a. Biomassekraftwerke und zwei Kernkraftwerke in Betrieb, aber hauptsächlich werden fossile Energieträger wie Stein- und Braunkohle verfeuert. Vattenfall ist in Deutschland hauptsächlich in den neuen Bundesländern und besonders in Brandenburg tätig.⁷⁹

In der „Energiestrategie 2020“, die durch die brandenburgische Landesregierung 2008 beschlossen wurde, sind die energiepolitischen Ziele des Bundeslandes vorgestellt worden, u.a. zur Kohlekraft und CCS-Technologien:

Die Entwicklung und der Einsatz effizienter und CO₂-armer Kraftwerkstechnologien sowie von Technologien zur sicheren Speicherung von CO₂ (CCS-Technologien) sind die Voraussetzung für die langfristige Braunkohlenutzung im Land.⁸⁰

So wurde deutlich Druck auf Vattenfall ausgeübt, um mehr klimaschonende Technologien zu entwickeln. Bei der Entwicklung von CCS-Technologien hat die Firma in Deutschland die

⁷⁸ Roose, „Auf dem Weg zur Umweltlobby“ 2006: S.273.

⁷⁹ Das Strom-Magazin.de, *Vattenfall: Einer der größten Stromkonzerne Europas* (o.J.), URL: <http://www.strom-magazin.de/vattenfall-strom/> (Stand: 10.10.2013).

⁸⁰ Ministerium für Wirtschaft des Landes Brandenburg, *Energiestrategie 2020 des Landes Brandenburg* (Ministerium für Wirtschaft des Landes Brandenburg, Potsdam 2008), S.34.

Vorreiterrolle eingenommen.⁸¹ Vattenfall schreibt auf ihrer Internetseite: „Den Kampf gegen den Klimawandel können wir ohne CCS nicht gewinnen.“⁸²

3.2.2 WWF

Laut WWF würden mehr erneuerbare Energien und Maßnahmen zum effizienten Umgang mit Energie „nur zu etwas weniger als Zwei-Dritteln zur Zielerreichung“⁸³ den Ausstoß an Treibhausgasen in Deutschland um 95% zu reduzieren, beitragen. Rund acht Prozent der Gesamtemissionen in Deutschland werden durch industrielle Prozesse verursacht, zu denen die Zement- und Stahlindustrie gehört. Der Löwenanteil dieser Emissionen (in der Atmosphäre) kann nur durch CCS-Maßnahmen reduziert werden, meint die Organisation. Deswegen setzt sie sich bei diesem Bereich für CCS ein.⁸⁴

Der WWF ist aber kein klarer Befürworter der CCS-Technologie, wenn es zur Kohleverstromung kommt. Die Organisation sieht es als Fehlleitung an, dass man CCS fast ausschließlich für Kohle in Betracht zieht. Gleichzeitig lehnt WWF aber CCS bei Kohle nicht strikt ab, auch in Deutschland nicht:

Es ist sinnvoll die Anwendungsreife dieser hochkomplexen Technologie in den Industrieländern zu entwickeln und zu erproben mit der Perspektive der globalen Anwendung.⁸⁵

WWF zufolge dürfen aber keine neuen Kohlekraftwerke genehmigt werden, aber CCS soll eine verpflichtende Nachrüstooption für Kohlekraftwerke sein, die schon in Betrieb sind.⁸⁶

⁸¹ Der Tagesspiegel, *CO2-Endlagerung: Vattenfall lockt Gemeinden mit Geld* (26.5.2010), URL: <http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/co2-endlagerung-vattenfall-lockt-gemeinden-mit-geld/1845338.html> (Stand: 4.10.2013).

⁸² Vattenfall, *Weltweiter Klimaschutz braucht CCS* (29.5.2013), URL: <http://corporate.vattenfall.de/de/gute-gruende-fur-ccs.htm> (Stand: 30.5.2013).

⁸³ Regine Günther, Matthias Kopp, *Stellungnahme zum Gesetzentwurf für ein Gesetz zur Demonstration und Anwendung von Technologien zur Abscheidung, zum Transport und zur dauerhaften Speicherung von Kohlendioxid – Ausschussdrucksache 17(16)265-E* (Deutscher Bundestag, Berlin 6.6.2011), S.1.

⁸⁴ Regine Günther (WWF-Deutschland), *Korrigiertes Wortprotokoll (44. Sitzung): Öffentliche Anhörung, Protokoll Nr.17/44 - Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit* (Deutscher Bundestag, Berlin 6.6.2011), S.8.

⁸⁵ Günther, Kopp (WWF-Deutschland), *Stellungnahme zum Gesetzentwurf 2011: S.2-3.*

⁸⁶ Ebd.: S.3.

3.2.3 Greenpeace

Greenpeace in Deutschland lehnt seinerseits CCS strikt ab. Greenpeace behauptet, dass CCS die falsche Lösung ist. Auf der einen Seite werde die Energiewende gebremst, weil viel zu viel Geld investiert und große Anstrengungen für eine Technologie unternommen werden, die vielleicht niemals funktionieren wird. Greenpeace fürchtet auch, dass CCS sowohl für die Umwelt als auch für Menschen gefährlich sein kann. Auf der anderen Seite ermögliche CCS das Weiterbetreiben der Kohlekraftwerke in Deutschland:

In Deutschland stammen derzeit über 40 Prozent der Kohlendioxid-Emissionen aus Kohlekraftwerken. Trotzdem: Mehr als 20 neue Kohlekraftwerke werden derzeit gebaut oder sind geplant.⁸⁷

Greenpeace fordert in Deutschland den Ausstieg aus der Braunkohle. Die Organisation hat auch ein Strategiepapier geschrieben, um aus der Kohleverstromung in Deutschland innerhalb von 40 Jahren aussteigen zu können.⁸⁸ Wenn man die CO₂-Emissionen durch CCS reduzieren kann, wird es nicht erforderlich sein, die Kohlekraftwerke abzuschaffen, um die Klimaziele Deutschlands zu erreichen.⁸⁹

Die Haltungen von Vattenfall, WWF und Greenpeace zu CCS entsprachen meinen Kriterien zu unterschiedlichen Meinungen und Lobbypositionen. Deswegen habe ich mich für die zwei Umweltorganisationen und das schwedische Energieunternehmen entschieden.

3.3 Die Befragten

Um geeignete Personen zu finden, die ich interviewen konnte, habe ich dieselbe Methode benutzt wie bei der Organisations- und Unternehmenssuche. Diesmal wurden aber Personen gesucht, die aktiv mit Lobbyismus zu CCS bei Vattenfall, Greenpeace und WWF gearbeitet haben.

1. Der Leiter der Abteilung Klima-Politik von Vattenfall GmbH, Wolfgang Dirschauer; er hat Vattenfall in Klima- und CCS-Fragen in Verbänden wie dem *Bundesverband*

⁸⁷ Greenpeace, *CO₂-Endlager: Keine Lösung, sondern Risiko* (Greenpeace e.V., Hamburg 9/2011).

⁸⁸ Spiegel Online, *Schmuddelkind mit Waschzwang* (4.4.2011), URL: <http://www.spiegel.de/wissenschaft/technik/stromerzeugung-aus-kohle-schmuddelkind-mit-waschzwang-a-752821.html> (Stand: 1.4.2013).

⁸⁹ Greenpeace 2011, *CO₂- Endlager: Keine Lösung, sondern Risiko*.

der Deutschen Industrie e.V. (BDI), dem Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (BDEW) und in Gremien/Institutionen wie IZ Klima, Eurelectric, Euracoal sowie bei Einrichtungen der EU, des Bundestages und auf Länderebene repräsentiert. Er koordinierte von internen und externen Positionen, die Analysen und die Kommunikation zu CCS. Des Weiteren war er für die Vorbereitung und Durchführung des ersten deutschen CCS-Kongresses verantwortlich.

2. Der bei Greenpeace arbeitende Klimaexperte, Karsten Smid, der während des Gesetzgebungsverfahrens der zuständige Ansprechpartner von Greenpeace zur Frage CCS war. Er arbeitete aktiv gegen die Gesetzentwürfe der Bundesregierung, und war auch der Repräsentant von Greenpeace bei der öffentlichen Anhörung zum Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Regelung von CCS im Jahre 2009. Er hat zahlreiche Artikel zu dem Thema geschrieben.
3. Matthias Kopp, der als Klima- und Finanzexperte (Head Low Carbon Business & Finance) bei WWF bezeichnet wird, hat zahlreiche Vorträge zu CCS gehalten und 2011 die Stellungnahme von WWF zum Gesetzesvorschlag verfasst; zur Demonstration und Anwendung von CCS-Technologien.⁹⁰

3.4 Erstellung der Interviewleitfäden

Die zentrale Fragestellung meiner Arbeit diente in dem Interviewleitfaden als eine Art Anreiz,⁹¹ um dem Interviewpartner den Gesprächsbeginn zu erleichtern, was wünschenswert ist.⁹²

Welche Lobbystrategie haben Vattenfall, Greenpeace und WWF verfolgt? Können Lobbyismus und die Argumente dieser Akteure erklären, warum der Gesetzentwurf zu CCS (2009 – 2012) mehrmals gescheitert ist?

Diese Fragestellung wurde nach mühsamer Recherche von Anhörungsdokumenten des Bundestages, Zeitungsartikeln und Büchern zu dem Thema erarbeitet. Was mich während des

⁹⁰ Günther, Kopp (WWF-Deutschland), Stellungnahme zum Gesetzentwurf 2011: S.14.

⁹¹ Siehe Anhang.

⁹² Vgl. Christel Hopf, „Qualitative Interviews – ein Überblick,“ in: *„Qualitative Forschung“ Ein Handbuch*, Hrsg.: Uwe Flick, Ernst von Kardorff, Ines Steinke (Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg 2010), S. 353.

Lesens überraschte, war, dass der Gesetzentwurf mehrmals scheiterte, trotz des intensiven Lobbyings einiger der größten Energieunternehmen Europas um dieses Gesetz umzusetzen. Die Gegner dieser Technik waren einige Bürgerinitiativen und eine Reihe Umweltorganisationen. Ich wollte mehr darüber wissen wie diese sich durchgesetzt haben.

Nach der Erstellung der Fragestellung habe ich die theoretische Annahme/Hypothese erarbeitet.⁹³ In diesem Zusammenhang habe ich mich aber an die Aussagen von Jochen Roose erinnert, der behauptet, dass die Ressourcen, die für den Lobbyisten zur Verfügung stehen ausschlaggebend sein können, wenn es zum Einfluss kommt.⁹⁴ Deswegen habe ich quantitative Daten der Jahresberichte von Vattenfall, WWF und Greenpeace rausgeholt. Der Umsatzerlös bei dem schwedischen Energieunternehmen Vattenfall in Deutschland 2012 lag bei über 13 Milliarden Euro,⁹⁵ während die Einnahmen bei WWF in 2012 bei ein bisschen über 52 Millionen Euro lagen⁹⁶ und bei Greenpeace um 53,5 Millionen Euro.⁹⁷

Vattenfall verfügt also über weit größere finanzielle Mittel als WWF und Greenpeace. Natürlich zeigt sich dieser Unterschied auch bei der Anzahl von Angestellten. Gegenwärtig arbeiten 17.728 Personen bei Vattenfall in Deutschland,⁹⁸ während bei Greenpeace Deutschland insgesamt nur 191 Menschen beschäftigt sind,⁹⁹ und bei WWF 186 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen beschäftigt sind.¹⁰⁰ Natürlich macht ein solcher Vergleich nicht unmittelbar Sinn. Vattenfall ist ein Energieunternehmen und tausende Menschen Arbeiten mit z.B. Bergbau, was bei WWF und Greenpeace nicht der Fall ist und die zwei Umweltorganisationen verfügen zudem auch über viele Mitglieder, die sich ehrenamtlich engagieren. Die Zahlen zeigen aber, dass Vattenfall über viel mehr finanzielle Mittel und Angestellte als WWF und Greenpeace verfügt. Alleine im Bereich der politischen Kommunikation arbeiten bei Vattenfall Deutschland 20 Personen.¹⁰¹ Das klingt vielleicht

⁹³ Johannessen, Tufte, Christoffersen 2010: S.86.

⁹⁴ Roose, „Auf dem Weg zur Umweltlobby“ 2006: S.281.

⁹⁵ Vattenfall, *Daten und Fakten zu Vattenfall in Deutschland* (11.7.2013), URL: <http://corporate.vattenfall.de/de/potrait-daten-fakten.htm> (Stand: 14.11.2013).

⁹⁶ WWF, *Jahresbericht WWF Deutschland 2011/2012* (WWF, Berlin 2012), S.37.

⁹⁷ Greenpeace, *Jahresbilanz 2012* (Dezember 2012), URL: http://www.greenpeace.de/ueber_uns/finanzen_jahresberichte/jahresbilanz_2012/ (Stand: 30.04.2013).

⁹⁸ Vattenfall, *Daten und Fakten zu Vattenfall in Deutschland* (Stand: 14.11.2013).

⁹⁹ Greenpeace, *Fragen & Antworten zu Greenpeace* (15.9.2012), URL: http://www.greenpeace.de/ueber_uns/nachrichten_ueber_uns/artikel/fragen_antworten_zu_greenpeace-1/ (Stand: 20.3.2013).

¹⁰⁰ WWF, *Jahresbericht 2011/12: Immer mehr Menschen für den WWF* (2012), URL: <http://www.wwf.de/ueber-uns/jahresbericht/> (Stand: 14.11.2013).

¹⁰¹ PRMagazin Online, *Energiebranche: Wer lenkt die Lobbyisten?* (Nr.7/2011), URL: <http://www.prmagazin.de/meinung-analyse/hintergrund/wer-lenkt-die-lobbyisten.html> (20.1.2013).

nicht nach so viel wenn sie total nahezu 20 000 Menschen in Deutschland beschäftigen, ist aber viel mehr als bei Greenpeace und WWF. Wäre es tatsächlich so, dass *mehr Geld und mehr Lobbyisten dazu beitragen, mehr Einfluss in der Politik zu erlangen*, sind Vattenfall viel einflussreicher als die zwei Umweltorganisationen. Gleichzeitig war es so, dass Vattenfall mit dem schlussendlichen Beschluss zu CCS im Bundestag nicht zufrieden war, es kam u.a. zu spät um für Vattenfall EU-Fördermittel für das CCS-Projekt im Jänschwalde zu erhalten.¹⁰² Den Äußerungen des Professors der Politikwissenschaft Martin Sebaldt, dass Umweltorganisationen an Bedeutung gewonnen haben, während die traditionelle Industrie an Einfluss verloren hat,¹⁰³ dienten auch als Grundlage für die Entwicklung folgende Hypothese:

Mehr Geld und mehr Lobbyisten tragen nicht unbedingt dazu bei, mehr Einfluss in der Politik zu erlangen. Es deutet darauf hin, dass Umweltorganisationen in Deutschland ihren Einfluss in der deutschen Politik auf Kosten der Industrie gestärkt haben.

Der Bundestagsabgeordnete, Marco Bülow (SPD), behauptet, dass die Umweltverbände es wegen ihrer deutlich geringeren personellen und finanziellen Ausstattung schwer haben, ein Gegengewicht zu den Unternehmen und ihren Vertretungen zu bilden,¹⁰⁴ während Prof. Peter Lösche in seinem Buch behauptet, dass u.a. Umweltverbände immer professioneller werden und ständig mehr Einfluss in der Politik gewinnen.¹⁰⁵ Angesichts der Behauptungen Bülows und Lösches und meiner Hypothese, wurde folgende Frage erstellt:

12) Wie sehen Sie den Einfluss der Umweltbewegung auf die Politik im Vergleich zu den großen Energieunternehmen wie Vattenfall?¹⁰⁶

Wie sie ihren eigenen Einfluss auf die Politik sehen, ist interessant und kann vielleicht etwas über die heutige Situation der Lobbyisten in Deutschland aussagen, es bietet auch die Möglichkeit meine Hypothese zu prüfen. Der Interviewleitfaden wurde in 6 Teile gegliedert. Der erste Teil ist die Frage eins, die die Rolle der Interviewpartner bei dem CCS-Gesetzgebungsprozess erfragt und dient als eine Einstiegsfrage. Der zweite Teil (Frage 2 und 3) erfragt die inhaltlichen Positionen von Vattenfall, WWF und Greenpeace zum Gesetzentwurf und somit hängen die Fragen 8-9 mit denen zusammen, weil dort nach einer Bewertung des schlussendlichen Beschlusses des Bundestages gefragt wird. Der dritte Teil

¹⁰² Potsdamer Neueste Nachrichten, *Kompromiss mit Streitpotenzial* (29.6.2012), URL: <http://www.pnn.de/brandenburg-berlin/659969/> (Stand: 3.12.2013).

¹⁰³ Lösche 2007: S.37.

¹⁰⁴ Bülow 2010: S.169.

¹⁰⁵ Lösche 2007: S.48.

¹⁰⁶ Siehe Anhang.

(Frage 3-7) dreht sich um die Lobbystrategie. Hier ist der Unterschied zwischen Frage 6 und 7 zu beachten. In der Ersten wird generell nach dem Benutzen von professionellen Lobbyisten gefragt, bei der Zweiten wird nach dem Einsatz in diesen konkreten Fall gefragt. Die Fragen 10-11 drehen sich um Parteispenden und um Einfluss auf die Politik. Hier war das Ziel, zu sehen, ob es vielleicht Bindungen zwischen den Parteien und einigen der Interviewpartner gibt. Bei Frage 13 wurde dem Interviewpartner die Möglichkeit gegeben, selber was zum Thema hinzufügen. Das Hauptziel war durch die 13 Fragen, die zentrale Fragestellung meiner Arbeit zu beantworten.

3.5 Transkription und Auswertung der Interviews

Ich habe den Rahmen für das Interview mit allen Befragten als E-Mail gewählt.¹⁰⁷ Alle Interviewpartner haben sehr gerne auf meine Fragen geantwortet. Matthias Kopp wollte aber das Interview per Telefon durchführen. Laut den Empfehlungen zur Durchführung von Interviews ist die Verwendung von Aufnahmegeräten wünschenswert, das dann auch in diesem Fall zum Einsatz kam.¹⁰⁸ Wichtig war auch, dass sich dieses Interview in der Form nicht wesentlich von den zwei anderen unterschied, so dass die Analysearbeit einfacher wurde.

Es ist wichtig einen allzu dominierenden Kommunikationsstil bei den qualitativen Interviews zu vermeiden.¹⁰⁹ Deswegen habe ich mich entschieden, mich bei den Fragen an Matthias Kopp nur an die Fragestellung zu halten und nicht nachzufragen, auch wenn etwas unklar blieb, was aber nicht der Fall war. Kopp war mit der Aufnahme durch einen Recorder einverstanden. Die Aufnahme mit dem Recorder erleichterte meine Arbeit und ich versuchte einige Stichwörter während des Interviews zu notieren. Ich muss aber zugeben, dass andere Aspekte als die, die ich notierte, bei der Auswertung des Interviews erschienen sind.

Weil die Antworten von Greenpeace und Vattenfall schriftlich gegeben wurden, sind die Antworten als bereits transkribierte Interviews behandelt worden. Das Interview mit

¹⁰⁷ Harry Hermanns, „Interviewen als Tätigkeit,“ in: *„Qualitative Forschung“ Ein Handbuch*, Hrsg.: Uwe Flick, Ernst von Kardorff, Ines Steinke (Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg 2010), S.367.

¹⁰⁸ Vgl. Edb.: S.361.

¹⁰⁹ Hopf, „Qualitative Interviews – ein Überblick“ 2010: S.359.

Matthias Kopp wurde transkribiert und bei allen drei Interviews wurde zu jeder Antwort „die vorkommenden Themen und deren einzelne Aspekte“ notiert.¹¹⁰

Das Interview mit Matthias Kopp wurde zunächst transkribiert bevor ich später Übertragungsfehler geändert habe. Ich war lange im Zweifel, ob ich Schreibfehler bei den zwei anderen Interviews ändern sollte. Laut Christiane Schmidt wird vorausgesetzt, dass Übertragungsfehler nach der ersten Transkription gereinigt werden.¹¹¹ Deswegen habe ich mich entschieden, Schreibfehler bei den Interviews von Vattenfall und Greenpeace zu korrigieren, aber natürlich keine inhaltlichen Aspekte zu ändern.

Das Interview mit Matthias Kopp ist in der transkribierten Länge umfassender als die zwei anderen (10 Seiten) mit einfachem Zeilenabstand. Die zwei anderen umfassten total 6 Seiten. Nach der fertigen Bildung von Auswertungskategorien eher länger. Die Auswertung der Interviews hilft dabei, Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen den Interviews zu finden. Christiane Schmidt warnte davor, dass der Interviewer eingebrachte Aspekte bei der Auswertung übersehen kann, die können „in der Antwort auf eine andere Frage innerhalb eines ganz anderen Kontextes (wieder)“ auftauchen.¹¹² Das ist mehrmals bei der Auswertung passiert. Ich habe versucht Ähnlichkeiten bei den Antworten bei dieser Arbeit in Zusammenhang zu sehen und zu entdecken.

¹¹⁰ Christiane Schmidt, *Analyse von Leitfadeninterviews*, in: „Qualitative Forschung“ Ein Handbuch, Hrsg.: Uwe Flick, Ernst von Kardorff, Ines Steinke (Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg 2010), S.448-449.

¹¹¹ Ebd.: S.449.

¹¹² Ebd.: S.450.

4 Deutscher Energiemix, Energiewende und CCS

Nicht nur durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe wie Gas, Öl und Kohle, sondern auch durch die Stahl-, Zement- und Aluminiumproduktion entsteht das klimaschädliche Treibhausgas CO₂. Im deutschen Stromerzeugungsmix trägt vor allem die Kohle einen entscheidenden Teil bei. In den ersten drei Monaten im Jahr 2013 ist der Verbrauch von Steinkohle in Deutschland stark gestiegen.¹¹³ Der Verbrauch der noch stärker klimaschädlichen Braunkohle ist leicht zurückgegangen, hat aber immer noch den größten Anteil am deutschen Stromerzeugungsmix aller Energieträger.¹¹⁴ Das Ziel Deutschlands ist es aber im Rahmen der Energiewende, die Kohlendioxidemissionen um 80—95% gegenüber dem Jahr 1990 zu senken.

Gleichzeitig plant die Bundesregierung alle deutschen Atomkraftwerke bis 2022 zu schließen,¹¹⁵ und einige sind schon geschlossen. Unter den verschiedenen fossilen Energieträgern (Erdgas, Erdöl, Steinkohle und Braunkohle) ist die CO₂-Bilanz bei Braunkohle deutlich am schlechtesten.¹¹⁶ Die CO₂-Bilanz sagt aus, wie viel Gramm CO₂ pro erzeugte Kilowattstunde Strom entsteht.

4.1 CCS als Teil der Problemlösung

Die Prozesskette zu CCS besteht aus drei verschiedenen Gliedern: *Abscheidung, Transport und Speicherung*. Laut Vattenfall sind die einzelnen Glieder der Technologiekette zu CCS bekannt und etabliert, die Herausforderung liegt aber in der geschlossenen Technologiekette. Diese muss erprobt und weiter erforscht werden.¹¹⁷

¹¹³ Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V., *Kräftiger Anstieg des Energieverbrauchs*, Nr. 3/2013 (Pressedienst AG-Energiebilanzen, Berlin/Köln 27.05.2013), S.1.

¹¹⁴ Focus Online, *Kohleanteil steigt: Deutschland exportiert so viel Strom wie noch nie*. (10.1.2013), URL: http://www.focus.de/finanzen/news/kohleanteil-steigt-deutschland-exportiert-so-viel-strom-wie-noch-nie_aid_895446.html (Stand: 3.2.2013).

¹¹⁵ Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, *Bundesregierung beschließt Ausstieg aus der Kernkraft bis 2022* (o.J.), URL: http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Themen/Energiekonzept/AusstiegKernkraft/kernenergie/_node.html (Stand: 20.1.2013).

¹¹⁶ Daniel Lübbert, *CO₂-Bilanzen verschiedener Energieträger im Vergleich* (Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Berlin 2007), S.20.

¹¹⁷ Vattenfall, *CCS – eine Technologie für den Klimaschutz* (Stand: 29.5.2013), URL: <http://corporate.vattenfall.de/de/ccs-technologie.htm> (Stand: 30.5.2013).

1. *Abscheidung*. Es gibt hauptsächlich drei Kategorien von Abscheidungs-Techniken: die *Post-Combustion*, *Pre-Combustion* und *Oxyfuel*.¹¹⁸ Andere Techniken werden auch erforscht, sind aber kurzfristig nicht verfügbar. Auf die Unterschiede zwischen diesen drei Techniken wird in dieser Arbeit nicht weiter eingegangen. Wichtig zu erwähnen ist aber, dass die drei verschiedenen Techniken unterschiedliche Stärken und Schwächen haben, u.a. wie viel CO₂ durch die verschiedenen Techniken abgetrennt werden kann. Der Wirkungsverlust der Kraftwerke, die mit Abscheidungstechnologien ausgestattet sind, steigt gegenüber traditionellen Kraftwerken. Andere Techniken, die weniger Wirkungsverluste ergeben, sind erst in 20—30 Jahren zur Anwendung bereit.¹¹⁹
2. *Transport*. Aufgrund der höheren Kapazität werden Pipelines und Schiffe beim Transport des CO₂s bevorzugt statt LKWs und Züge. Ob Pipeline oder Schiffe gewählt werden, hängt u.a. mit der Entfernung von Speicherstandort und Abscheidungsstandort zusammen und ob der Speicherstandort onshore oder offshore liegt. Wenn Pipelinetransporte gewählt werden, sinkt die CO₂-Emmission durch den Transport deutlich ab.¹²⁰ Ein Pipelinenetz muss aber gebaut werden und kann zu Konflikten mit Eigentumsrechten etlicher Landwirte führen.
3. *Speicherung*. CO₂ unterirdisch entweder onshore oder offshore zu speichern, so dass das CO₂ nicht in die Atmosphäre gelangt, ist das dritte Glied der Prozesskette. Laut Magnus Soldal, der als Geotechnical Engineer bei Norges Geotekniske Institutt (NGI) arbeitet „[...]wurde früher die Speicherung als die größte Herausforderung gesehen, um die ganze Prozesskette zu CCS zu vollenden. Nun deutet sehr vieles aber auf die Abscheidung als die größte Hürde hin.“¹²¹ Die am besten geeigneten Gebiete für

¹¹⁸ Vattenfall, *Methoden der CO₂-Abscheidung* (29.5.2013), URL: <http://corporate.vattenfall.de/de/methoden-der-co2-abscheidung.htm> (Stand: 30.5.2013).

¹¹⁹ Carsten Minnecker und Michael Scharp, *Was ist Carbon Capture and Storage? Eine Kurzbeschreibung der Technologie mit kritischer Diskussion* (Institut für Zukunftsforschung; Berlin 2012), S.15.

¹²⁰ Ebd.: S.16.

¹²¹ Magnus Soldal: Facebook-Nachrichten 1.7.2013 auf meine Frage: „Was ist der größte Herausforderung mit CCS momentan?“ Antwort - Norwegisches Original: "Tidligere ble det pekt på lagring som den største utfordringen for å gjennomføre stor-skala CCS, nå peker veldig mange på fangstprosessen som et stort hinder å forsere."

Onshore-Speicherung von CO₂ in Deutschland liegen wahrscheinlich in Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Brandenburg.¹²²

4.2 Finanzielle Unterstützung für gute CCS-Projekte

In dem jährlich erscheinenden „Weltentwicklungsbericht des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen“ wurde 2007 empfohlen, CCS zu entwickeln, um den CO₂-Ausstoß der Kohlekraftwerke zu reduzieren:

[...] increase financing, incentives and regulatory support for the development of breakthrough technologies, with a focus on Carbon Capture and Storage (CCS) – the United States should aim at 30 demonstration plants by 2015, and the European Union should have a comparable level of ambition.¹²³

Um die Erwartungen der Vereinten Nationen innerhalb der EU umzusetzen, musste die EU Regeln zu CCS verabschieden und mehr Geld für Forschungsprojekte zu CCS anbieten. Im Dezember 2008 hat das Europäische Parlament ein Gesetz zu den erneuerbaren Energiequellen und dem Klimawandel beschlossen, und im April 2009 wurde die EU-Richtlinie zu CCS (CCS-Richtlinie) eingeführt. Die CCS-Richtlinie wurde nach mühsamer Arbeit von großen internationalen Energieunternehmen, aber auch von einigen Umweltorganisationen angenommen. Die Hoffnung ist, dass die Abscheidung und Kohlendioxid-Speicherung sowohl profitabel für Energieunternehmen sein kann als auch dazu beitragen wird, die Klimaziele Europas zu erreichen, die Treibhausgas-Emissionen um 20 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 bis 2020 zu senken.

Die EU-Richtlinie zu CCS sollte dazu beitragen, dass Unternehmen in den einzelnen Mitgliedsstaaten größere Projekte zur Abscheidung und Speicherung von CO₂ etablieren. Die EU verspricht auch finanzielle Unterstützung für gute CSS-Projekte in Europa. Deswegen plante Vattenfall im Jänschwalde in Brandenburg ein CCS-Demonstrationskraftwerk, das die ganze Prozesskette beinhaltet. Die EU-Kommission hat dieses Projekt als vorbildlich eingestuft und zu einem von sechs CCS-Projekten gemacht, die insgesamt eine Milliarde Euro

¹²² Jonas Helseth, *CCS in Germany – is it game over* (10.10.2011), URL: <http://www.globalccsinstitute.com/insights/authors/jonahelseth/2011/10/10/ccs-germany-it-game-over> (Stand: 1.4.2013).

¹²³ Bellona, *Carbon capture and storage needed to reduce emissions sufficiently* (5.5.2008), URL: http://www.bellona.org/articles/articles_2008/co2_presser (1.2.2013).

an EU-Mitteln erhielten.¹²⁴ Die Mitgliedstaaten, die EU-Mittel für Projekte in ihrem Land wollten, mussten deswegen den eigenen Rechtsrahmen zu CCS in Einklang mit den Anforderungen der EU bringen.

4.2.1 Bundesregierung, Parteien und Bevölkerung

Die deutsche Bundesregierung vertrat 2009 die Auffassung, dass CCS eine Perspektive bietet, um „den Ausstoß von Kohlendioxid aus Industrieanlagen und Kraftwerken in die Atmosphäre zu vermindern.“¹²⁵ Zusätzlich meinte die deutsche Regierung, dass CCS auch eine Möglichkeit bietet, Kohlekraftwerke in Deutschland weiter zu betreiben und somit die Abhängigkeit von Öl- und Gasimporten aus geopolitisch unsicheren Regionen zu verringern. Die Energieversorgungssicherheit spielt in Deutschland eine große Rolle wegen des großen Imports von Energie.¹²⁶ Die meisten Energien werden in Deutschland mit rund 37% für Fabriken und Autos verbraucht, während der Verbrauch für die Heizung von u.a. Wohnhäusern 31 Prozent beträgt.¹²⁷

Alle Parteien, haben sowohl Befürworter als auch Gegner in ihren Reihen. Die Mitglieder der *Freien Demokratischen Partei* (FDP) sind eher Befürworter. Im Bund hat die FDP sogar schon im Januar 2009 die Bundesregierung aufgefordert,

[...] schnellstmöglich ein Gesetz zur Schaffung der rechtlichen Grundlagen für die Einführung von CCS-Technologien vorzulegen; damit könnten nach Angaben der Energieversorgungsunternehmen sofort Investitionsvorhaben in Milliardenhöhe ausgelöst werden.¹²⁸

Die *Christlich Demokratische Union Deutschlands* (CDU), die *Christlich-Soziale Union in Bayern e.V.* (CSU) und die *Sozialdemokratische Partei Deutschlands* (SPD) stehen z.B. auf der Bundesebene positiv der CCS gegenüber, in einigen Ländern ist die Haltung jedoch eher

¹²⁴ Märkische Oderzeitung, *EU-Millionen für Demo-Kraftwerk Jänschwalde* (9.12.2009), URL: <http://www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/116465> (Stand: 5.10.2013).

¹²⁵ Die deutsche Bundesregierung, *Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Demonstration und Anwendung von Technologien zur Abscheidung, zum Transport und zur dauerhaften Speicherung von Kohlendioxid – Drucksache 17/5750* (Deutscher Bundestag, Berlin 9.5.2011), S.1.

¹²⁶ Vgl. Deutscher Bundestag, *CCS-Technologien sollen in Deutschland erprobt werden* (10.05.2011), URL: http://www.bundestag.de/presse/hib/2011_05/2011_188/03.html (Stand: 4.3.2013).

¹²⁷ Rheinische Post-Online, *Wofür wir Energie brauchen* (30.1.2012), URL: <http://www.rp-online.de/niederrhein-sued/krefeld/nachrichten/wofuer-wir-energie-brauchen-1.2691165> (Stand: 6.7.2013).

¹²⁸ Die Fraktion der FDP, *Rechtliche Grundlagen für die Einführung von CCS-Technologien unverzüglich Schaffen – Drucksache 16/11751* (Deutscher Bundestag, Berlin 28.01.2009), S.2.

negativ. Die Grüne ist als Partei eher negativ zu CCS eingestellt.¹²⁹ Während DIE LINKE auf Bundesebene geschlossen gegen CCS ist, setzt sich die Partei in Brandenburg dafür ein. DIE LINKE in Brandenburg hat im Koalitionsvertrag mit den Sozialdemokraten (2009) CCS akzeptiert:

Eine wichtige Option ist die CCS-Technologie. Die Koalition wird sich für eine Erprobung und Demonstration dieser Technologie in Brandenburg einsetzen.¹³⁰

Eine repräsentative Umfrage der Europäischen Kommission 2011 zeigt, dass nur 23% der deutschen Befragten CCS als effektiv in der Bekämpfung des Klimawandels sehen, während 34% davon nicht überzeugt sind. Dieselbe Umfrage wurde auch in anderen Ländern der Europäischen Union durchgeführt.¹³¹ Wenn alle Befragten summiert werden, antworteten 39%, dass CCS effektiv sein kann, während 25% mit „nicht effektiv“ antworteten.¹³² Warum die Deutschen eher negativ zu CCS eingestellt sind, kann man aus den Zahlen der Umfrage nicht ablesen.

4.2.2 Lokale Gegner und Befürworter

Die wichtigsten Kohleregionen Deutschlands liegen in der Lausitz (Brandenburg), im Rheinland (Nordrhein Westfalen) und in Mitteldeutschland zwischen Helmstedt (Niedersachsen) und Leipzig/Halle (Sachsen/Sachsen-Anhalt).¹³³ Der lokale Widerstand gegen CCS ist eng mit dem Widerstand gegen Tagebau und Kohlekraft verbunden. Viele sehen CCS nur als eine Möglichkeit zur Fortsetzung von Braunkohleabbaggerung. Traditionsdörfer werden z.B. in Brandenburg abgebaggert wegen neuer Tagebaue. Viele lokale Vereine haben sich deswegen gegen den Bau weiterer Kohlekraftwerke in der Kohleregion Lausitz eingesetzt, wie z.B. lokale Umweltorganisationen und Dorfvereine, die um ihre Dörfer bangen müssen, wenn neue Kohlekraftwerke gebaut werden. Sogar die

¹²⁹ Ines Heisterkamp 2008: S.12-15.

¹³⁰ Sozialdemokratische Partei Deutschlands(Landesverband Brandenburg) und Die Linke (Landesverband Brandenburg), *Gemeinsinn und Erneuerung: Ein Brandenburg für alle. Koalitionsvertrag zwischen SPD Brandenburg und Die Linke Brandenburg für die 5. Wahlperiode des Brandenburger Landtage*S.(Land Brandenburg, Cottbus 2009), S.25.

¹³¹ Die Europäischen Länder dieser Umfrage sind Deutschland, Großbritannien, Italien, Spanien, die Niederlande, Polen, Finnland, Frankreich, Griechenland, Tschechien, Bulgarien und Rumänien.

¹³² Die Europäische Kommission, *Eurobarometer 75,1 – Awareness of the CO2 capture and storage technology - Results for Germany* (Die Europäische Kommission, 2011), S.1-4.

¹³³ Focus Online, *CO2-Verpressung: „Jetzt geht's erst richtig los“* (23.09.2010), URL: http://www.focus.de/politik/deutschland/tid-19943/energie-jetzt-gehts-erst-richtig-los_aid_554976.html (Stand: 20.9.2013).

Evangelische Kirche in Brandenburg sprach sich auf ihrer Herbsttagung 2010 deutlich gegen CCS aus.¹³⁴ Prof. Dr. Georg Erdmann, Leiter der Abteilung für Energiesysteme, an der Technischen Universität in Berlin bestätigt, dass klimafreundliche Kohlekraftwerke zu Laufzeitverlängerungen führen können. Erdmann setzt sich sogar für den Bau von neuen Kohlekraftwerken in Deutschland ein. Solche wären klimafreundlicher als die heutigen Kohlekraftwerke und man behielte die Kompetenz in Deutschland, wie man klimafreundliche Kohlekraftwerke baut, meint er. Laut Erdmann kann man wegen fehlender technologischer Kompetenzen und anderer Prioritäten nicht erwarten, dass Länder wie China und Indien auf klimafreundliche Lösungen umsteigen werden. Die weltweiten Kohlereserven decken den Verbrauch von etlichen Jahrhunderten. Ein Ende der deutschen Kohleverstromung wird nicht den globalen Ausstoß von Kohlendioxid reduzieren. Deswegen ist die Entwicklung von klimaschonenden Kohlekraftwerken in Deutschland dringend nötig, meint er.¹³⁵

Gleichzeitig gibt es auch viel lokale Unterstützung für den Tagebau und die Kohleverstromung. Der Verein Pro Lausitzer Braunkohle versucht, Menschen der Region zu sammeln, um gemeinsam für mehr Kohlebau zu arbeiten. Die Unterstützung hat wahrscheinlich viel damit zu tun, dass rund 30.000 Arbeitsplätze von der ostdeutschen Braunkohle abhängig sind, hauptsächlich in Brandenburg.¹³⁶ Immer weniger Menschen sind aber in der Kohleindustrie beschäftigt. Seit den achtziger Jahren sind ständig weniger Menschen in dieser Branche tätig. 1980 arbeiteten über 75.000 Menschen im Kohlebergbau in der Lausitz, während es 2012 nur noch 8.000 waren.¹³⁷ Man kann sich vorstellen, dass viele Menschen der Region nicht mehr so stark mit dem Kohlebergbau identifizieren und sich deswegen nicht mehr für die Industrie einsetzen. Auf der anderen Seite ist die Unterstützung der Bevölkerung für den Bergbau stark. In der wichtigen Kohleregion Lausitz wurde am 23.

¹³⁴ Klimaretter.info: Das Magazin zur Klima- und Energiewende, *Kirche erteilt CCS eine Absage* (1.11.2010), URL: <http://www.klimaretter.info/protest/hintergrund/7218-kirche-erteilt-ccs-eine-absage> (Stand: 18.7.2013).

¹³⁵ Prof. Dr. Georg Erdmann, *Die Braunkohle ist das Aschenputtel der Stromerzeugung: Fleissig und billig. Und genau so unterschätzt* (o.J.), URL: http://www.braunkohle-forum.de/index.php?article_id=53 (Stand: 4.4.2013).

¹³⁶ Der Tagesspiegel, *Braunkohle: Gut bezahlte Arbeitsplätze* (16.2.2013), URL:

<http://www.tagesspiegel.de/berlin/braunkohle-gut-bezahlte-arbeitsplaetze/7792214.html> (Stand: 16.2.2013).

¹³⁷ Statista: Das Statistik-Portal, *Anzahl der Beschäftigten im Braunkohlenbergbau in der Lausitz in den Jahren von 1960 bis 2012* (2013), URL: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/161205/umfrage/braunkohlenbergbau-beschaefigte-in-der-lausitz-seit-1960/> (Stand: 7.6.2013)

Mai 2013 eine Umfrage zum weiteren Abbau von Braunkohle in der Lausitz durchgeführt. 78% der Befragten sind für eine weitere Nutzung der Braunkohle in der Region.¹³⁸

Der Cottbuser Landtagsabgeordnete, Jürgen Maresch (DIE LINKE) ist ein Beispiel dafür, dass Kohlekraft eine schwierige Frage für lokale Politiker vor Ort ist. Er ist 2013 aus dem Verein Pro Lausitzer Braunkohle ausgetreten. Er begründet seine ehemalige Mitgliedschaft mit der Bedeutung der Braunkohle für die Wirtschaft und Arbeitsplätze. Den Austritt begründet er mit der Hydroxid-Verschmutzung der Spree, die durch den Tagebau verursacht sei. Er fürchtet eine zukünftige Vergiftung des Trinkwassers.¹³⁹

4.3 Beispiele von CCS: Sleipner, Ketzin und Schwarze Pumpe

Das norwegische CCS-Projekt *Sleipner* gilt als das älteste industrielle CCS-Projekt der Welt. Seit 1996 sind 10 Millionen Tonnen CO₂ bei Utsira offshore gelagert. Dieses Projekt lagert aber CO₂ nur in sehr begrenzten Mengen. Um zu verstehen, wie wenig CO₂ in Utsira gelagert wird, hilft es vielleicht zu wissen, dass die absolute Menge des CO₂-Ausstoßes in Norwegen 50 Millionen Tonnen pro Jahr beträgt. 3,3 Milliarden Tonnen werden jedes Jahr in Europa ausgestoßen.¹⁴⁰ Auf der anderen Seite sind 10 Millionen Tonnen vergleichbar mit zwei Jahren CO₂-Ausstoß aller Autos in Norwegen.¹⁴¹ Man hat noch keine undichten Stellen entdeckt und das Projekt scheint wunschgemäß zu verlaufen. Trotz der guten Erfahrungen in Sleipner, ist CCS eine Technologie, die noch nicht genug erforscht ist.

Seit 2008 werden am einzigen Pilotstandort eines CCS-Projektes in Deutschland, Ketzin, mehr als 50.000 Tonnen im Untergrund verwahrt.¹⁴² Ketzin ist aber ausschließlich ein Speicherprojekt. Seit demselben Jahr betreibt Vattenfall ein Abscheidungsprojekt von

¹³⁸ Lausitzer Rundschau, *Umfrage: 78 Prozent für eine weitere Nutzung der Braunkohle in der Lausitz* (23.5.2013), URL: <http://www.lr-online.de/regionen/cottbus/Umfrage-78-Prozent-fuer-eine-weitere-Nutzung-der-Braunkohle-in-der-Lausitz;art1049,4218670> (Stand: 23.5.2013).

¹³⁹ Niederlausitz Aktuell, *Jürgen Maresch (Die Linke): Austrittserklärung aus dem Verein Pro Lausitzer Braunkohle* (17.1.2013), URL: http://www.niederlausitz-aktuell.de/artikel_1214_26476.php (Stand: 4.4.2013).

¹⁴⁰ Oljedirektoratet, *Myter og fakta om CO₂-lagring* (19.4.2010), URL: [http://www.npd.no/no/Tema/Miljo/Temaartikler/Myter-og-fakta-om-CO₂-lagring/](http://www.npd.no/no/Tema/Miljo/Temaartikler/Myter-og-fakta-om-CO2-lagring/) (Stand: 14.4.2013).

¹⁴¹ Statoil, *Årsrapport 2008: Sleipner CCS* (2009), URL: http://www.statoil.com/AnnualReport2008/no/Sustainability/Climate/Pages/5-3-2-3_SleipnerCCS.aspx (Stand: 14.4.2013).

¹⁴² Dr. Michael Kühn, *Korrigiertes Wortprotokoll (44. Sitzung): Öffentliche Anhörung*, Protokoll Nr.17/44 - Ausschuss f. Umwelt, Naturschutz u. Reaktorsicherheit (Deutscher Bundestag, Berlin 6.6.2011), S.7.

Kohlendioxid am Standort Schwarze Pumpe in Brandenburg.¹⁴³ Schwarze Pumpe ist ausschließlich ein Abscheidungsprojekt, liefert aber CO₂ an Ketzin.

Mit den neuen Regelungen, die CCS-Richtlinie, wollte die EU Projekte fördern, die sowohl Abscheidung, Transport und Speicherung in sich vereinen, die ganze CCS-Prozesskette. Wie bei dem geplanten Projekt im Jänschwalde.

¹⁴³ Vattenfall, *Die Pilotanlage in Schwarze Pumpe* (29.5.2013), URL: <http://corporate.vattenfall.de/de/die-pilotanlage.htm> (Stand: 21.6.2013).

5 Lobbystrategie, der Prozess und die Argumente

Bereits im April 2009 hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur CCS-Regelung dem Bundestag vorgelegt.¹⁴⁴ Mehrere Unternehmen in Deutschland, wie unter anderem Vattenfall, planten schon vor 2009 neue Projekte mit CCS, und deswegen versuchten sie, Druck auf die deutschen Behörden auszuüben, um die EU-Richtlinie in Deutschland umzusetzen. In diesem Kapitel wird die Lobbyarbeit von Vattenfall, WWF und Greenpeace am Fall des CCS-Gesetzes in Deutschland im Licht der Antworten, die auf dem Interviewleitfaden gegeben wurden, untersucht. Die drei Organisationen werden von Wolfgang Dirschauer (Vattenfall), Matthias Kopp (WWF) und Karsten Smid (Greenpeace) vertreten.

5.1 Die Lobbystrategie und einige Kritikpunkte der Akteure

Die Fragestellung meiner Arbeit, die als ein Anreiz bezeichnet wurde, ist von sowohl Dirschauer als auch Kopp beantwortet worden, während Smid nicht geantwortet hat. Smid, der durchgehend kurz auf die meisten Fragen antwortete, berührte aber das Thema Lobbystrategie bei anderen Fragen des Interviewleitfadens.

Auch wenn alle aktiv und gezielte Lobbyarbeit und Meinungsbildungsarbeit geleistet haben, meint WWF, dass es Bürgerinitiativen gut gelungen ist, Endlagerstätten für Atommüll und für CO₂ auf ein Niveau zu stellen:

Eine andere Seite ist die Bürgerinitiativseite. Da wurden sehr schnell Angstbilder kreiert und die Verbindung zu nuklearen Endlagern gezogen. Das hat in Deutschland sehr gut funktioniert und Speicherstätten negativ besetzt.¹⁴⁵

Die Endlagerdebatte zum Atommüll ist eine andauernde Debatte in Deutschland, die immer wieder zu Proteste führt. Der Versuch, Endlagerstätten für Atommüll mit Speicherstätten für

¹⁴⁴ Dr. Christian Hampel, *CCS – Neue Richtlinie und Gesetzentwurf der Bundesregierung* (20.07.2009), URL: <http://www.ewerk.hu-berlin.de/CCS-Neue-Richtlinie-und-Gesetzentwurf-der-Bundesregierung> (Stand: 04.2.2013).

¹⁴⁵ Telefoninterview, *Matthias Kopp WWF-Deutschland* (4.7.2013, 11UHR). Antwort auf die Frage *Anreiz* des Interviewleitfadens.

CO2 in Zusammenhang zu setzen, wurde aber nicht nur von den Bürgerinitiativen unternommen, auch Greenpeace hat Aktionen mit diesem Vergleich durchgeführt. Greenpeace bestätigt auch (Frage 4), dass die „[...]Veröffentlichung einer Karte zu potentiellen CO2-Endlagern in Deutschland“, ¹⁴⁶ ein Teil der Strategie der Organisation gewesen ist, um Einfluss zu bekommen.

Die Strategie des WWFs war hingegen, CCS in Zusammenhang mit Klimapolitik zu setzen. Der CO2-Ausstoß, durch insbesondere die Stahl- und Zementindustrie in Deutschland, kann ohne CCS aus heutiger Sicht nicht deutlich reduziert werden; jährlich stoßen diese Quellen 90 Millionen Tonnen aus; weitere 350 Millionen Tonnen von CO2 gelangen jährlich durch Kohlekraftwerke in die Atmosphäre. ¹⁴⁷ Matthias Kopp vom WWF sagt:

Und die dritte Seite, die ist die Strategie von WWF gewesen. Man muss es verbinden mit der großen Fragestellung, worum es eigentlich geht. Nämlich dem Klimaschutz. Und die Alternativen zu CCS aufzeigen, die nämlich bedeuten fortgesetzt CO2 in der Atmosphäre zu deponieren, mit all den Konsequenzen, die das hätte. ¹⁴⁸

Hier wird eine Spaltung der Strategie und Haltung zu CCS zwischen zwei führenden Umweltorganisationen sichtbar. Nicht nur befürwortet der WWF die CCS-Technologie während Greenpeace klarer Gegner ist, aber auch wenn es zur Lobbystrategie kommt, gibt es Unterschiede. Im Interview bezeichnet Matthias Kopp Greenpeace als eine *Kampagnenorganisation*, was auch in Übereinstimmung mit den organisatorischen Aussagen Jochen Rooses steht. ¹⁴⁹ Kopp unterstreicht aber, dass der WWF eng und gut mit Greenpeace zusammenarbeitet. Wenn es zu CCS kommt, meint er aber, dass Greenpeace zu leicht mit den Problemen des CO2-Ausstoßes durch die Stahl- und Zementindustrie umgeht. Auch in Zukunft werden Produkte aus der Stahl-, Papier- und Zementindustrie benötigt:

Und dann sind in der Diskussion angeführt worden, dass die technologischen Entwicklungen das schon lösen werden. Dass ist aus meiner Sicht und für Handlungsempfehlungen heute eine unverantwortliche Position. ¹⁵⁰

In den pluralistischen Modellen konkurrieren die Organisationen miteinander nicht nur um Einfluss auf die Politik. ¹⁵¹ Es gibt keinen Grund die Beweggründe und die Ernsthaftigkeit der

¹⁴⁶ E-mailinterview, Karsten Smid – Greenpeace-Deutschland (27.6.2013). Antwort auf die Frage 4 des Interviewleitfadens.

¹⁴⁷ Der Spiegel, *Verhängnisvolle Klausel* (SPIEGEL-Verlag, Hamburg Nr. 16/2011), S.27.

¹⁴⁸ Kopp 4.7.2013, Antwort: Frage Anreiz.

¹⁴⁹ Vgl. Roose, „Auf dem Weg zur Umweltlobby“ 2006: S.273.

¹⁵⁰ Kopp 4.7.2013, Antwort: Frage 12.

Argumente von WWF und Greenpeace in diesem Zusammenhang in Frage zu stellen. Wahrscheinlich dienen gleichzeitig solche Fälle, wie dieser zu CCS, auch um für neue Mitglieder und Spenden zu werben, weil mehr Fokus in der Öffentlichkeit auf Umweltpolitik und Umweltlösungen gerichtet wird.

Während Greenpeace versucht hat, den Fokus auf die Endlagerproblematik zu richten, kritisiert der WWF auch die Energieunternehmen wie Vattenfall und RWE dafür, CCS nur mit Kraftwerke in Verbindung gesetzt zu haben. Zusätzlich seien die Diskussionen auch sehr stark ungleich verteilt geführt worden, die Energieerzeuger haben es versäumt, den Bürgern in der Nähe potentieller Speicherorte positive Argumente oder „Kompensationen“ anzubieten.

Das Auftreten von RWE in Schleswig-Holstein und Vattenfall z.B. in Brandenburg war auch nicht hilfreich. Wenn man es in der Sprache der Straße sagt: *die schütten Gift direkt unter die Häuser*. Sie machen sich zu wenige Gedanken über die Erklärung und die Notwendigkeit, die Leute mitzunehmen usw. Vattenfall und RWE haben sich keine Gedanken über die Kompensation gemacht. Die Leute vor Ort haben nur die Nachteile und sehen keine Vorteile. Zumindest, wenn es um die Speicherstätten geht, und den Piplinetransport.¹⁵²

Die Kritik an Vattenfall richtet sich also auch gegen die Meinungsbildungsarbeit des Unternehmens. Vattenfall ist es laut WWF nicht gelungen, die Öffentlichkeit vor Ort positiv zu stimmen. Sich in einen politischen Willensbildungsprozess durchzusetzen wird schwerer, wenn die Öffentlichkeit den Standpunkt der Lobbyisten nicht teilt, das ist wichtig bei Lobbyarbeit. 2010 konnte die Tageszeitung „Der Tagesspiegel“ aber berichten, dass Vattenfall die Gemeinden mit Geld lockte, die in den Gebieten für die CO₂-Speicherung liegen, als eine Art Kompensation. Ob diese Taktik funktionierte, ist aber diskutierbar. Der Bürgermeister der Brandenburger Kommune Beeskow, Frank Steffen (SPD), bezeichnete das Angebot von Vattenfall folgendermaßen: „Wir wollen Vattenfalls Geld nicht, wir lehnen CCS ganz grundsätzlich ab.“¹⁵³

Hier muss erwähnt werden, dass Vattenfall auch Zustimmung für ihre Standpunkte vor Ort erhalten hat, u.a. von einigen Bundesländern:

¹⁵¹ Gullberg/Helland „Profesjonell lobbyisme“ 2003: S.4.

¹⁵² Kopp 4.7.2013, Antwort: Frage Anreiz.

¹⁵³ Der Tagesspiegel, *CO₂-Endlagerung: Vattenfall lockt Gemeinden mit Geld* (Stand: 4.10.2013).

Unterstützung fanden wir dabei v.a. durch die Bundesländer Brandenburg und Sachsen.¹⁵⁴

Die schon erwähnte Meinungsumfrage der Bevölkerung in der Lausitz von diesem Jahr, in der 78% der Befragten sich für eine weitere Nutzung der Braunkohle in der Region einsetzten,¹⁵⁵ zeigt, dass es eine massive Unterstützung der Bevölkerung für das Weiterbetreiben der Kraftwerke gibt. Solche lokale Unterstützungen durch die Bevölkerung hat es wahrscheinlich einfacher für das Bundesland Brandenburg gemacht, sich für die CCS-Technik einzusetzen.

Schon ein paar Monate nach dem Einbringen des Gesetzesvorschlags wurde dieser von der Regierung wieder zurückgezogen. Wolfgang Dirschauer von Vattenfall nennt nicht nur die mangelnde Unterstützung vor Ort als eine Ursache des Scheiterns, sondern legt er auch die Schuld auf die Schultern der Bundespolitiker und der Bundeskanzlerin:

Das Scheitern der Gesetzgebung hat verschiedene Ursachen. Wesentliche Treiber waren der Mangel an aktiver Unterstützung durch die Bundespolitik (Bundeskanzlerin Merkel hatte 2009 persönlich den bereits fertigen Gesetzestext angehalten, obwohl sich die Koalitionsfraktionen verständigt hatten) sowie das Zurückschrecken der Politik vor Ort vor radikalen Behauptungen und Agitation einiger NGOs. Wenig hilfreich war auch, dass sich Teile der Industrie nicht positiv positioniert haben – entweder, da sie sich nicht betroffen sahen, oder da sie CCS aus Eigeninteresse (Kernenergie, EEG) nicht wollten.¹⁵⁶

Zur Verantwortung für das Scheitern werden auch Teile der Industrie gezogen, die laut Dirschauer, Vattenfall in der Haltung zu CCS nicht aktiv unterstützt haben. Thomas Leif und Rudolf Speth schreiben, dass „das Lobbying im Pluralismus die Tendenz hat, gruppenegoistische Ziele zu verfolgen, [...]“.¹⁵⁷ Das kann vielleicht die mangelnde Unterstützung von Teilen der Wirtschaft erklären.

Marco Bülow behauptet, dass der konkrete Grund dafür, die Lobbyaktivitäten des Bauernverbandes gewesen ist. Der Bauernverband hat herausgefunden, „[...]“, dass die Pipelines über das Land ihrer Mitglieder gebaut werden sollten und die Endlager ebenfalls deren Flächen und Böden beeinträchtigen könnten.“¹⁵⁸ Besonders Schleswig-Holstein und

¹⁵⁴ E-Mail-Interview, Wolfgang Dirschauer – Vattenfall-Deutschland (29.5.2013). Antwort auf die Frage 4 des Interviewleitfadens.

¹⁵⁵ Lausitzer Rundschau, *Umfrage: 78 Prozent für eine weitere Nutzung der Braunkohle in der Lausitz* (Stand: 23.5.2013).

¹⁵⁶ Dirschauer 29.5.2013, Antwort: Frage Anreiz.

¹⁵⁷ Leif/Speth, „Einleitung“ 2006: S.17.

¹⁵⁸ Bülow 2010: S.179.

Bayern waren betroffen. Die Bundesländer Schleswig-Holstein (damals von CDU regiert) und Bayern (von CSU regiert) setzten auch Bundeskanzlerin Angela Merkel unter Druck. Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe in Bayern, Peter Ramsauer, verwies mit Hinblick auf die Endlagerproblematik in einem Interview der „Frankfurter Allgemeine“ auf die Kritik der Landwirte und sagte „Die CSU ist die Partei des Eigentums“.¹⁵⁹ Weder Dirschauer, noch Smid oder Kopp verweisen auf das Eigentümerrecht als eine Ursache des Scheiterns. Dirschauer nennt aber das Handeln von einigen NGOs und Teilen der Industrie als Ursache. Der von Bülow erwähnte Druck des Bauernverbands kann erklären warum Dirschauer ein Mangel an aktiver Unterstützung durch die Bundespolitik erlebt hat.

5.2 Um früh Einfluss auszuüben

Im Gesetzgebungs-Prozess um CCS behauptet der damalige umweltpolitische Sprecher und Berichterstatter der SPD-Fraktion Marco Bülow sogar, dass das Wirtschaftsministerium fast einen kompletten Gesetzentwurf der Energieunternehmen übernommen hätte.¹⁶⁰ Durch die Antworten, die von Vattenfall, WWF und Greenpeace auf meine Fragen gegeben wurden, wird diese Behauptung Bülows nicht bestätigt, dass Vattenfall aber früh bei CCS Einfluss suchte, eher schon. Dirschauer bekräftigt, dass Vattenfall nach dem Beschluss der Europäischen CCS-Richtlinie (EU-RL) und vor dem deutschen Gesetzentwurf aktiv gewesen ist, für „[e]ine möglichst 1:1-Umsetzung der EU-RL, um eine geeignete Investitionsgrundlage für das von uns geplante Demonstrationsprojekt in Jämschwalde zu erhalten.“¹⁶¹ Dirschauer unterstreicht, dass nicht nur Vattenfall gegenüber den deutschen Entscheidungsträgern aktiv gewesen ist, sondern auch andere Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs):

Vattenfall hat – wie zahlreiche andere Unternehmen und NGOs - den europäischen Gesetzgebungsprozeß aufmerksam verfolgt und natürlich nach Abschluss der RL

¹⁵⁹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, *Union stellt sich gegen CO2-Gesetz* (16.6.2009), URL: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/emissionen-union-stellt-sich-gegen-co2-gesetz-1815942.html> (Stand: 2.10.2013).

¹⁶⁰ Bülow 2010: S.160.

¹⁶¹ Dirschauer 29.5.2013, Antwort: Frage 2.

seine Erwartungen an die dt. Umsetzung der RL gegenüber den Stakeholdern¹⁶² innerhalb der Bundesregierung, aber auch darüber hinaus, zum Ausdruck gebracht.¹⁶³

Die Äußerungen Dirschauers zeigen, wie Vattenfall das Problem und die Lösung frühzeitig definiert: *Die europäische Richtlinie zu CCS ist noch nicht in ein deutsches Gesetz umgesetzt worden und Vattenfall braucht die Umsetzung, um Subventionen zu erhalten.* Deswegen versuchte Vattenfall die Entscheidungsträger zu beeinflussen und formulierte die Erwartungen an die Entscheidungsträger, um das Gesetz umzusetzen. Wenn er schreibt, dass Vattenfall seine Erwartungen auch darüber hinaus zum Ausdruck gebracht hat, kann das auf die unterordneten Glieder der Regierung hindeuten, aber auch die Öffentlichkeit oder der Parlamentarier des Bundestages.

Vattenfall hat auch schon früh, 2007, zur Etablierung eines Informationszentrums für CO₂-Technologien (IZ Klima), zusammen mit anderen Energieunternehmen, die positiv gegenüber der CCS-Technik eingestellt waren, beigetragen. Das IZ Klima informiert die Öffentlichkeit und Entscheidungsträger über die positiven Seiten von CCS:

Vattenfall war auch Gründungsmitglied von IZ Klima, der deutschen Informationsplattform zu CCS. Natürlich hatten wir in diesem Zusammenhang auch Kontakt mit den Fachressorts und Mitgliedern des Bundestages.¹⁶⁴

Die Gründung von IZ Klima kann vielleicht ein Beispiel sein, dass Unternehmen „die Vertretung ihrer Interessen in die eigene Hand“ nehmen, statt sie durch Dachverbände vertreten zu lassen.¹⁶⁵ Im Fall von CCS muss aber eingewendet werden, dass der Dachverband von Vattenfall, *der Bundesverband der Deutschen Industrie* (BDI), die CCS-Technik förderte und kein Gegner der Haltung von Vattenfall war. Wenn Vattenfall aber trotzdem IZ Klima gründet, deutet das daraufhin, dass die Vertretung von Interessen durch Verbände nicht immer ausreicht, um die Einzelinteressen durchzusetzen.

Karsten Smid von Greenpeace bestätigt, dass auch seine Organisation frühzeitig aktiv gegenüber den Entscheidungsträgern war: „Greenpeace hat zu CCS Öffentlichkeitsarbeit gemacht und mit ausgewählten Politikern geredet.“¹⁶⁶ Greenpeace wollte im Gegensatz zu

¹⁶² Stakeholder ist ein englischer Begriff. Ordnett.no übersetzt den Begriff mit „der Interessent“. Hier wird wahrscheinlich Entscheidungsträger innerhalb der Bundesregierung gemeint sein.

¹⁶³ Dirschauer 29.5.2013, Antwort: Frage 5.

¹⁶⁴ Ebd.

¹⁶⁵ Lösche 2007: S.64.

¹⁶⁶ Smid 27.06.2013, Antwort: Frage 5.

Vattenfall nicht die Umsetzung der EU-Richtlinie in ein deutsches Gesetz. Smid schreibt, dass:

Greenpeace [...] bereits im Jahr 2008 in einem Report („CCS—False Hope“) vor den übertriebenen Erwartungen an diese CCS-Technik gewarnt [hat]. Die Senkung der CO₂-Emissionen infolge der Anwendung von CCS-Technologie kommt zu spät, ist zu teuer und mit unkalkulierbaren Risiken behaftet.¹⁶⁷

Dass Greenpeace dieses Gesetz zu CCS zu verhindern versucht hat, durch Warnungen vor der CCS-Technik, kann als ein Versuch gesehen werden, ein Gesetz entfernt von der Tagesordnung zu halten. Das ist ein klarer Fall von Lobbyismus.¹⁶⁸ Die Äußerungen Smids zeigen auch, dass nicht nur Vattenfall sich frühzeitig gegenüber der Bundesregierung positioniert hat, sondern auch Greenpeace. Trotz der Behauptungen von Jochen Roose, dass Greenpeace mehr für spektakuläre Aktionen bekannt ist, zeigt diese Aussage Smids, dass auch Greenpeace die Politik durch Schreiben und Expertisen (also Lobbying) so früh wie möglich benutzte, dort wo die Politik entsteht.¹⁶⁹

Auch WWF räumt ein, dass sie gegenüber den Entscheidungsträgern frühzeitig aktiv geworden sind, um Einfluss auf sie auszuüben. Darüber hinaus hätten sie versucht, die Öffentlichkeit zu beeinflussen: „WWF hat an der Meinungsbildung teilgenommen durch Redebeiträge, Studien, usw.“¹⁷⁰ Der WWF unterstützte ein Gesetz, das die rechtlichen Voraussetzungen für das Abscheiden und die Speicherung von CO₂ aus Industrieprozessen durch die CCS-Technologie schafft. Auch vor dem Gesetzentwurf 2009 war der WWF, genauso wie Greenpeace, und Vattenfall auch aktiv:

Ja, wir haben eine Stellungnahme geschrieben, wir haben Broschüren veröffentlicht, wir haben Hintergrundanalysen erstellt wie z.B. das weitere Thema der Kosten für die CCS-Anwendung in der Industrie. Andere Inhalte für Studien waren eine Prüfung der rechtlichen Rahmenbedingungen der Raumordnung und der Prüfung von Planungsverfahren mit dem Schwerpunkt der Raumplanung im Untergrund.¹⁷¹

Sowohl Vattenfall, Greenpeace als auch WWF haben versucht wissenschaftliche Untersuchungen durchzuführen um Einfluss zu erlangen. Vattenfall mit u.a. der Etablierung von IZ Klima, Greenpeace mit dem Report „CCS—False Hope“ und WWF mit u.a. den

¹⁶⁷ Ebd.: Frage 2.

¹⁶⁸ Vgl. Gullberg/Helland „Profesjonell lobbyisme“ 2003: S.9-10.

¹⁶⁹ Vgl. Speth, Die Ministerialbürokratie: S.99.

¹⁷⁰ Kopp 4.7.2013, Antwort: Frage 1.

¹⁷¹ Ebd.: Frage 5

Hintergrundanalysen. Wie erwähnt, brauchen die Entscheidungsträger „oft dieses Wissen, um einen Gesetzesvorschlag zu verabschieden.“¹⁷² Ob die Entscheidungsträger, diese Arbeiten von Greenpeace und WWF für das Aufarbeiten des Gesetzes benutzt haben, ist aber schwer zu bewerten. Die Entscheidungsträger wurden bei meiner Arbeit nicht gefragt. Der CCS-Berichtersteller Marco Bülow schreibt aber in seinem Buch *Wir Abnicker*, dass er versucht hat, besonderen Wert auf „die wissenschaftlichen Beurteilungen“ zu legen.¹⁷³ Alle drei Akteure waren laut den Antworten von Vattenfall, WWF und Greenpeace in der Zeit vor dem ersten Gesetzentwurf der Bundesregierung aktiv um die Entscheidungsträger zu beeinflussen.

5.3 Einfluss der Umweltbewegungen und der Energieunternehmen

Wenn es zu der Frage der finanziellen und personellen Ausstattung der Umweltverbänden im Vergleich zu den Energieunternehmen und wie diese sich auf die Möglichkeit um Einfluss auf die Politik zu erlangen, kommt, ist die Haltung nicht mit einander in Übereinstimmung. In einem Interview mit Timo Lange von der Organisation LobbyControl, in dem Buch *Schluss mit Lobbyismus!* kommentiert Lange Ergebnisse der Otto Brenner Stiftung, in denen Lobbyisten der Industrie gesagt haben, dass sie David sind, während NGOs wie Greenpeace der Goliath sind. Seine Antwort darauf war: „Dass NGOs in Wahrheit die mächtigeren Akteure sind, ist jedoch Unsinn.“¹⁷⁴ Er Belegt seine Haltung mit dem ungleichen Zugang zur Entscheidungsträgern und der geringeren Anteil an Ressourcen bei der NGOs. Er bestätigt aber die Haltung, dass viele NGOs immer bessere Lobbyarbeit betreiben. Um Einfluss auf das CCS-Gesetz zu bekommen, nennt Smid den Kontakt mit Politikern im Generellen und Gespräche mit Berichterstattern zu CCS im Besonderen:

Wir haben Studien erarbeitet, Gespräche mit Politikern durchgeführt (z.B. CCS-Berichtersteller Marco Bülow) und eine CCS-Tour in betroffene Regionen arrangiert.¹⁷⁵

¹⁷² Lösche 2007: S.121.

¹⁷³ Bülow 2010: S.195.

¹⁷⁴ Ines Pohl, „Ein Gespräch mit Timo Lange von LobbyControl – Warum Lobbyisten kontrolliert werden müssen,“ in: *Schluss mit Lobbyismus! 50 einfache Fragen auf die es nur eine Antwort gibt*, Hrsg.: Ines Pohl (Westend Verlag GmbH, Frankfurt/Main 2012), S.13-14.

¹⁷⁵ Smid 27.06.2013, Antwort: Frage 4.

Dass Greenpeace den Kontakt mit Marco Bülow aufnahm, zeigt, dass Greenpeace nicht nur Gespräche mit irgendwelchen Politikern aufnahm, die nahmen Kontakt mit dem auf, der zu CCS im Bundestag arbeitete. Marco Bülow hat sich zu den mangelnden Gesprächsterminen der Umweltbewegung mit der Fraktionsleitung der SPD gekümmert,¹⁷⁶ aber die Aussagen Smids zeigen, dass Greenpeace selber fähig waren, Kontakt mit dem, der die Auffassungen der Fraktionen zum Thema CCS im Ausschuss des Bundestages vertritt, dem Berichterstatter, aufzunehmen.

WWF und Matthias Kopp sehen die angesprochenen Punkte von sowohl Bülow als auch Lösche als richtig an, wenn es zur Professionalisierung und Einfluss der Umweltbewegung kommt:

Wenn man sieht, wer in den Ring steigt, dann ist die finanzielle Ausstattung ungleich. Aber ich glaube auch, dass in den letzten Jahren die Umweltverbände deutlich professioneller geworden sind. Ich würde von uns in Anspruch nehmen, dass wir vom wissenschaftlichen und sachlichen Anspruch her immer schon ein gleiches Niveau hatten. Aber ich glaube, dass die Aussage im Großen und Ganzen stimmt.

Wenn du dir hier die Frage stellst: *Wie sehen Sie den Einfluss der Umweltbewegung auf die Politik im Vergleich zu großen Energieunternehmen?* Ich glaube, dass es mittlerweile gerade in dem Bereich der Energie in einzelnen Kernfragen durchaus fast ausgewogen ist. Das liegt unter anderem auch daran, dass die Energieverbände und Unternehmen sich in eine reputationsseitig sehr schlechte Lage manövriert haben.¹⁷⁷

Auf der einen Seite bestätigt Kopp, dass es eine Ungleichheit der Ressourcenverteilung gibt, aber gleichzeitig hat die Umweltbewegung sich professionalisiert. Dass die Energieunternehmen sich einen besseren Ruf gewünscht hätten, lässt sich durch die Umfrage feststellen, die zeigt, dass nur 8% der deutschen Bevölkerung ein weitgehendes Vertrauen in die Industrie haben.¹⁷⁸ Matthias Kopp meint sogar, dass dieser schlechte Ruf zu einem fast ausgewogenen Einfluss bei gewissen Kernbereichen geführt hat.

Wolfgang Dirschauer bei Vattenfall meint, dass die Entwicklung des Internets durch aktivere Beiträge der Bevölkerung, so dass sie nicht mehr nur Konsumenten des Internets sind, sondern auch einer Art Produzenten (Web. 2.0), zu einer Stärkung der Umweltverbände geführt hat:

¹⁷⁶ Bülow 2010: S.181.

¹⁷⁷ Kopp 4.7.2013, Antwort: Frage 12.

¹⁷⁸ Bundesministerium für Umwelt 2006: S.45.

Es liegt jedoch auf der Hand, dass zahlreiche Umweltverbände heute hochprofessionell auftreten. Dies lässt sich nicht nur über ihre Personalstärke, sondern auch anhand ihrer medialen Auftritte ablesen. Insoweit stimme ich der Darstellung von Herrn Prof. Lösche ausdrücklich zu und unterstreiche, dass sich diese Situation seit 2007 noch verstärkt hat, insbesondere durch das sog. WEB.2.0.¹⁷⁹

Dirschauer verweist auch auf Medienauftritte der Umweltbewegung. Mit der Hilfe von Google-Nachrichten-Suche lassen sich zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember 2009 mit der Kombination CCS und *Vattenfall*, CCS und WWF, CCS und *Greenpeace* die folgende Verteilung von Zeitungsartikeln, die im Netz vorhanden sind, finden. Vattenfall: 50 Artikel, WWF: 8 Artikel und Greenpeace 20 Artikel.¹⁸⁰ Eine solche Suche zeigt nicht mehr als wie viele Artikel in 2009, in denen Vattenfall, WWF und Greenpeace in Zusammenhang mit dem Wort CCS auftaucht. Es deutet aber darauf hin, dass Vattenfall öfter in den Medien zu dem Thema CCS erwähnt wird als WWF und Greenpeace. Das bedeutet nicht, dass alle Zeitungsartikel Vattenfall und die CCS-Technik positiv darstellen. Wegen des Umfangs dieser Arbeit wird keine Diskursanalyse durchgeführt.

Der Politikwissenschaftler, Peter Lösche, unterstreicht in dem Buch *Verbände und Lobbyismus in Deutschland*, dass trotz der Professionalisierung der Umweltverbände es immer noch die traditionellen Großverbände sind, die sich mit Kapital und Arbeit beschäftigen, die den größten gesellschaftlichen Einfluss haben.¹⁸¹

Es scheint der Fall zu sein, dass viele NGOs heute sehr professionell Lobbyarbeit ausüben, und ständig mehr Einfluss auf die Politik gewinnen. Ob die Aussage Kopps stimmt, dass der Einfluss bei gewissen Kernbereichen fast ausgewogen ist, ist aber schwer zu bewerten.

5.4 Bindungen, Kontakte und Spenden

In seiner Antwort zu meiner Frage über die *Äußerungen von Lösche und Bülow* (Frage 12) verweist Wolfgang Dirschauer gleichzeitig auf die politische Nähe zwischen Marco Bülow und den Umweltorganisationen: „Herr Bülow ist bekannt für seine Nähe zu

¹⁷⁹ Dirschauer 29.5.2013, Antwort: Frage 12.

¹⁸⁰ Google News, CCS und [Vattenfall], [WWF], [Greenpeace] (1.1.2009-31.12.2009), URL: news.google.de (Stand: 5.11.2013).

¹⁸¹ Lösche 2007: S.37.

Umweltverbänden und für seine Distanz zur Industrie.“¹⁸² Diese Nähe wird von Marco Bülow selbst nicht vertuscht, und auf seinem Lebenslauf bei dem deutschen Bundestag wird über seine Mitgliedschaft in der Umweltorganisation von Greenpeace berichtet.¹⁸³ Die besprochene Drehtürproblematik kann natürlich auch bei der Mitgliedschaft von Bundestagsabgeordneten in Interessenorganisationen und anderen Interessenorganisationen problematisiert werden. Solche Mitgliedschaften können potentiell auch enge Bindungen zwischen Entscheidungsträgern und Interessenvertretern stiften. Auf der anderen Seite sind Mitgliedschaften, wie bei Bülow, nicht geheim und potentielle ökonomische Vorteile, wie bei der Drehtürproblematik sind kaum zu sehen. Man kann sich vorstellen, dass Greenpeace einfacheren Zugang zu Marco Bülow als Parlamentarier kriegt als andere Umweltorganisationen oder Unternehmen, weil er deren Mitglied ist. Eine solche Beschuldigung ist aber weder von Vattenfall noch von WWF vorgebracht worden.

Wolfgang Dirschauer ist aber auf seiner Seite sehr kritisch gegenüber Marco Bülow und seinem Buch *Wir Abnicker – Über Macht und Ohnmacht der Volksvertreter*, in dem er u.a. über den Gesetzgebungsprozess zu CCS schreibt. Er kommentiert das Buch Bülows folgendermaßen:

Herr Bülow hat von uns mehrfach Angebote zur persönlichen Information erhalten, auf die er nicht eingegangen ist. Die Aussagen seines o.g. Buches sind - soweit sie uns betreffen - für uns nicht nachvollziehbar.¹⁸⁴

Den Aussagen Bülows in seinem Buch wird ungeachtet dessen kein größeres Gewicht gegeben als den Interviews von Vattenfall, Greenpeace und WWF.

Weder Vattenfall, noch Greenpeace und WWF spendet Geld an politische Parteien, laut der Großspendenübersicht des Spiegel-Onlinemagazins.¹⁸⁵ Weil Spenden unter 50 000 Euro nicht an der Öffentlichkeit rapportiert werden müssen, kann man nicht genau wissen, ob die drei Befragten meiner Arbeit nicht trotzdem an Parteien gespendet haben. Deswegen wurden die drei Interviewpartner gefragt (Frage 10), ob sie an politische Parteien spenden. Greenpeace behauptet sogar, dass sie keine Spenden von Groß-Unternehmen annimmt:

¹⁸² Dirschauer 29.5.2013, Antwort: Frage 12.

¹⁸³ Deutscher Bundestag, *Biografien: Marco Bülow* (o.J.), URL: http://www.bundestag.de/bundestag/abgeordnete17/biografien/B/buelow_marco.html (Stand: 30.10.2013).

¹⁸⁴ Dirschauer 29.5.2013, Antwort: Frage 12.

¹⁸⁵ Spiegel Online, *Alle Großspenden im Überblick* (o.J.), URL: <http://www.spiegel.de/flash/flash-25268.html> (Stand: 08.11.2013).

NEIN, und auch nicht umgekehrt. Greenpeace nimmt keine Spenden von Parteien oder großen Firmen.¹⁸⁶

WWF nimmt aber Spenden von großen Firmen an. Die nehmen gerne Spenden von großen Firmen an, und nennen sie Partner: „Wir arbeiten mit Unternehmen zusammen, um sie zu verändern.“¹⁸⁷ WWF haben aber laut seiner eigenen Homepage keine Spenden von Energieunternehmen in Deutschland angenommen. Bei dieser Arbeit habe ich keine ökonomischen Bindungen zwischen Vattenfall, Greenpeace, WWF und den Parteien entdeckt.

5.5 Professionelle Lobbyisten

Weder Vattenfall noch Greenpeace haben sich professioneller Lobbyisten während dieses Prozesses bedient (Frage 6 und 7). Hier waren die Antworten von einer deutlichen Ablehnung gekennzeichnet. Vattenfall schreibt, dass sie professionell genug aufgestellt sind und dass der Einsatz von professionellen Lobbyisten in Deutschland problematisch ist:

Zudem ist es in Deutschland eher ungewöhnlich, wenn ein größeres Unternehmen seine Interessen nicht selbst vertritt, sondern diese von einem beauftragten Lobbyisten vertreten lässt. Auch dies wäre in Deutschland eher auf wenig Verständnis getroffen.¹⁸⁸

Es kann an dieser Stelle eingewendet werden, dass Vattenfall im Fall des nationalen Allokationsplans professionelle Lobbyisten benutzt hat. Das geschah, um die Öffentlichkeit zu mobilisieren und wird deshalb nicht als professionelles Lobbying, sondern als Meinungsbildung eingestuft.¹⁸⁹

Greenpeace verwies auch auf seine eigene Kompetenz: „Wir kaufen uns keine Lobbyisten, Greenpeace's Prinzip ist, sich für seine eigenen Überzeugung selbst einzusetzen.“¹⁹⁰ WWF bestätigt, dass sie zusammen mit einem externen Berater und einem ehemaligen Mitglied des deutschen Bundestages gearbeitet haben: „Aber ich würde sagen, das ist nur teilweise professionelles Lobbying in der Größenordnung wie wenn Sie solche

¹⁸⁶ Smid 27.06.2013, Antwort: Frage 10.

¹⁸⁷ WWF, *Zusammenarbeit mit Unternehmen* (o.J.), URL: <http://www.wwf.de/zusammenarbeit-mit-unternehmen/> (Stand: 07.11.2013).

¹⁸⁸ Dirschauer 29.5.2013, Antwort: Frage 6.

¹⁸⁹ Gullberg/Helland „Profesjonell lobbyisme“ 2003: S.9-10.

¹⁹⁰ Smid 27.06.2013, Antwort: Frage 6.

Beispiele wie Burson Marsteller anführen.“¹⁹¹ Dass Organisationen Rat von ehemaligen Politikern bekommen, ist noch kein professionelles Lobbying. Der Lobbyist muss „[...]keinen Unterschied zwischen den verschiedenen Zahlenden und ihren Präferenzen für bestimmte behördliche Beschlüsse machen[...].“¹⁹² Die externe Unterstützung hat sich WWF aber auf der Basis von Dienstleistungsverträgen gesichert. Den direkten Kontakt mit dem Entscheidungsträger hat der WWF selber gesucht. Es scheint so, dass WWF nach der Definition von Gullberg und Helland professionelle Lobbyisten bei diesem Prozess benutzt haben.

5.6 Neue Regierung und erneuter Versuch

Nach der Bundestagswahl 2009 bildeten CDU, CSU und FDP eine neue Regierung. Im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP vom 26.10.2009 ist die Umsetzung der EU-Richtlinie zu CCS als eigener Punkt des Abkommens mit aufgenommen worden:

Wir werden zeitnah die Richtlinie der EU umsetzen, die Abscheidung, Transport und Einlagerung von CO₂ regeln.¹⁹³

Die Befürworter eines CCS-Gesetzes sahen nun die Möglichkeit einer Implementierung der EU-Richtlinie in Deutschland. Die Mehrheit des Bundestages verabschiedete noch mal einen neuen Gesetzentwurf über die Abscheidung und Speicherung von CO₂ in Deutschland. Vattenfall wurde aber enttäuscht. Dirschauer schreibt: „Leider wurde die Bundespolitik unter Schwarz-Gelb¹⁹⁴ noch CCS-feindlicher als unter Schwarz-Rot.“¹⁹⁵

Dass die Regierung mit der SPD (2005-2009) in dieser Frage positiver gegenüber den Interessen von Unternehmen wie Vattenfall gegenüberstand als die Regierung der CDU/CSU-FDP (2009-2013) hat mehrere Gründe. Der Gesetzgebungsprozess zu CCS war allerdings für die SPD schwer, wie es historisch oft der Fall war bei Fragen zu Energie und Umwelt. Der Journalist für Wirtschafts- und Umweltthemen, Hannes Koch, behauptet, dass es bei den

¹⁹¹ Kopp 4.7.2013, Antwort: Frage 6.

¹⁹² Gullberg/Helland „Profesjonell lobbyisme“ 2003: S.15.

¹⁹³ Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP, *Wachstum. Bildung. Zusammenhalt.* (CDU, CSU, FDP, Berlin 2009), S.28 – 29.

¹⁹⁴ Unter Schwarz-Gelb war die Regierung von CDU/CSU und FDP (2009-2013) gemeint. Mit Schwarz-Rot wird der Regierung CDU/CSU und SPD (2005-2009) gemeint.

¹⁹⁵ Dirschauer 29.5.2013, Antwort: Frage 3.

Sozialdemokraten oft immer eine Vielzahl von Interessen gibt, die sich alle durchsetzen möchten und dass verschiedene Lobbyinteressen versuchen, Einfluss in der Politik mit Hilfe der SPD zu erlangen, besonders bei Energiewende. Kommunale Politiker und Gewerkschafter in den traditionellen Energieunternehmen, wie Atom- und Kohleunternehmen, spielen aber eine große Rolle der SPD, laut Koch.¹⁹⁶ Laut Speth und Leif ist die Beziehung zwischen SPD und den Gewerkschaften den letzten Jahrzehnten brüchiger geworden.¹⁹⁷ Es gibt aber immer noch Beispiele für den Gewerkschaften nahestehende Politiker. Der Gewerkschafter *der IG Bergbau und Energie* (IG BE), Ulrich Freese, der sich aktiv für Kohleverstromung einsetzt, kandidierte z.B. als Spitzenkandidat bei der Bundestagswahl 2013 im Wahlkreis Spree-Neiße für die Brandenburger SPD. Lokale Umweltgruppen nennen ihn einen „Kohlelobbyist[en]“.¹⁹⁸ Als eine Bezeichnung für einen engagierten Gewerkschafter, der sich für Kohleverstromung gegenüber Entscheidungsträgern einsetzt, hätten Leif und Speth wahrscheinlich das Wort Interessenvertreter benutzt.¹⁹⁹

Trotz der Zunahme anderer Interessen als die traditionellen Wirtschaftsinteressen in der SPD, kann die enge Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften dazu beigetragen haben, dass Personen wie Wolfgang Dirschauer erlebten, dass Schwarz-Rot positiver gegenüber CCS eingestellt war als Schwarz-Gelb. Vielleicht kann auch die Auffassung Dirschauers, dass die Schwarz-Rote Regierung positiver war, etwas damit zu tun haben, dass er als ehemaliger Angestellter der SPD-Fraktion einfacher Zugang zu SPD-Politiker kriegte. Das politische Netzwerk ehemaliger Politiker ist natürlich eines der Güter, nach welchen die Unternehmen suchen, wenn ehemalige Abgeordnete angestellt werden. Dieses Netzwerk ist auch eines der Kritikpunkte gegenüber Drehtürpolitikern.

Diesmal scheiterte der Gesetzesvorschlag zu CCS jedoch im Bundesrat. Die Speicherungsgebiete von CO₂ waren eine größere Herausforderung als die Eigentümerrechte der Bauern in Bayern. Die am meisten geeigneten Gebiete für Onshore-Speicherung von CO₂ liegen wahrscheinlich in Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Brandenburg. Die ersten zwei Bundesländer wurden 2009 von einer schwarz-gelben Regierung und das dritte von einer rot-roten Regierung (SPD und DIE LINKE) regiert. Im Gesetzgebungsprozess zu CCS haben sich Niedersachsen und Schleswig-Holstein gegen jede Art der Zulassung der Speicherung

¹⁹⁶ Koch 2012: S.53.

¹⁹⁷ Speth/Leif, „Anatomie des Lobbyismus“ 2003: S.14.

¹⁹⁸ Grüne Liga 2013: S.1.

¹⁹⁹ Vgl. Thomas Leif/Speth, „Einleitung“ 2006: S.14.

von CO₂ in ihrem Land entschieden, während Brandenburg die Verabschiedung des CCS-Gesetzes wollte, damit Vattenfall EU-Gelder für das geplante CCS-Kraftwerk in Jämschwalde erhält. Gleichzeitig fürchtete Brandenburg, dass sie das „CO₂-Klo“ Deutschlands werden, wenn alle anderen Länder sich aufgrund der sogenannten Länderklausel²⁰⁰ gegen die Speicherung entscheiden sollten. Deswegen forderte Brandenburg den Wegfall der Länderklausel, um das Gesetz im Bundesrat passieren zu lassen, während Niedersachsen und Schleswig-Holstein die Länderklausel forderten, um die Vereinbarung nicht scheitern zu lassen. Das Ziel des Lobbyings von Vattenfall war deswegen nicht nur, die Entscheidungsträger im Bund zu beeinflussen, sondern auch auf Länderebene Einfluss zu erlangen:

Stakeholder in Bund und Ländern wurden im Rahmen der Gesetzgebung – wie dies auch bei jeder anderen Gesetzgebung der Fall ist – direkt kontaktiert.²⁰¹

Der schwarz-gelben Regierung von Angela Merkel ist es schwer gefallen, ihre eigenen Parteikollegen in Niedersachsen und Schleswig-Holstein nicht zu unterstützen.²⁰² Gleichzeitig übte u.a. Greenpeace viel Druck auf die Regierungen in Schleswig-Holstein und Niedersachsen aus, damit sie gegen das CCS-Gesetz in der Bundesratssitzung Ende September 2011 stimmen würden. Greenpeace fürchtete, dass die Bundesländer dem Gesetz im Bundesrat zustimmen könnten, wenn die Länderklausel als Kompromiss bestehen bliebe. Bis einschließlich während der Bundesratssitzung haben Greenpeace-Aktivisten mit einer künstlichen CO₂-Bombe vor dem Bundesratsgebäude in Berlin demonstriert, um gegen die Einführung des Gesetzes zu protestieren.²⁰³ Die Demonstrationen von Greenpeace während der Beratungen im Bundesrat sind ein Beispiel dafür, dass der Versuch Einfluss auszuüben, nicht nur in den Punkten 1-3 des Policy-Zyklusmodells geschieht, sondern auch bei anderen Punkten des Modells durchgeführt werden kann, im diesem Fall bei Punkt 4.: *Entscheidung über den politischen Gegenstand*. Eine Demonstration ist aber nicht als Lobbyismus definiert. Das bedeutet aber nicht, dass eine Demonstration ohne Effekt läuft. Bei dem Prozess zu CCS hat Greenpeace was Leif und Speth als eine Art von *Doppelgleisigkeit* bezeichnen,

²⁰⁰ Die Länderklausel ist die Möglichkeit CCS in eigenem Bundesland zu verbieten.

²⁰¹ Dirschauer 29.5.2013, Antwort: Frage 4.

²⁰² Jonas Helseth, *CCS in Germany – is it game over?* (Stand: 1.4.2013).

²⁰³ Greenpeace, *Bundesrat stimmt CCS-Gesetz nicht zu* (23.9.2011), URL: http://www.greenpeace.de/themen/klima/nachrichten/artikel/bundesrat_stimmt_ccs_gesetz_nicht_zu/ (Stand: 6.12.2013).

betrieben.²⁰⁴ Am 23. September 2011 ist das Gesetz im Bundesrat mit 37 gegen 32 Stimmen gescheitert. Hier hat Greenpeace einen vorläufigen Sieg errungen.

Jonas Helseth, CCS-Experte, der bei der norwegischen Umweltorganisation Bellona arbeitet meint, dass CCS zu wenig Unterstützung in der deutschen Bevölkerung bekommt und sieht dies als eine der Hauptursachen für das Scheitern des ursprünglichen Gesetzes.²⁰⁵ Seiner Meinung nach haben diejenigen, die sich für CCS einsetzten den politischen Willensbildungsprozess verloren. Die Umfrage, die die mangelnde deutsche Unterstützung zu CCS abdeckt, deutet darauf hin, dass Helseth zumindest dabei Recht hat, wenn er sich auf die mangelnde Unterstützung der deutschen Bevölkerung bezieht.²⁰⁶ Ob dies eine der Hauptursachen des CCS-Scheiterns ist, ist schwer zu bewerten. Meinungsbildung in der Bevölkerung ist aber ein wichtiger Teil des Lobbyismus, und mangelnde Unterstützung in der Bevölkerung macht es für den Lobbyisten schwieriger, Einfluss auf Entscheidungsträger auszuüben.

5.7 Kompromiss zum deutschen CCS-Gesetz

In Deutschland muss ein Gesetz sowohl vom Bundestag als auch vom Bundesrat die Zustimmung erhalten, wenn die Länderinteressen berührt sind, um in Kraft zu treten. Wenn ein Gesetz nicht die benötigte Zustimmung durch den Bundesrat bekommt, kann der Vermittlungsausschuss versuchen, einen Kompromiss vorzuschlagen. Kompromissvorschläge des Vermittlungsausschusses müssen ebenfalls sowohl im Bundestag als auch im Bundesrat die Zustimmung erhalten. Einem Gesetzesvorschlag des Vermittlungsausschusses haben der Bundesrat und der Deutsche Bundestag im Frühsommer 2012 zugestimmt.²⁰⁷

Die erlaubten Speichermengen scheinen zu gering, und die Unsicherheit für die Investoren zu groß, um CCS-Kraftwerke in Deutschland zu entwickeln. Das ist auch die Haltung Wolfgang Dirschauer von Vattenfall, der mit dem schlussendlichen Gesetz nicht zufrieden ist:

²⁰⁴ Vgl. Leif/Speth, „Anatomie des Lobbyismus“ 2003: S.23.

²⁰⁵ Jonas Helseth, *CCS in Germany – is it game over?* (Stand: 1.4.2013).

²⁰⁶ Die Europäische Kommission 2011: S.1-4.

²⁰⁷ Bundesrat, *Unterirdische Speicherung von CO2 künftig zulässig* (29.6.2012), URL: http://www.bundesrat.de/nr_1902976/DE/presse/pm/2012/104-2012.html?__nnn=true (Stand: 18.1.2013).

Nein. Das deutsche CCS-Gesetz ist ungeeignet, um die Investitionen in die Demonstrationsanlage zu ermöglichen und bietet keinerlei langfristige Perspektiven.²⁰⁸

Auch Greenpeace²⁰⁹ und WWF sind nicht mit dem Gesetz zufrieden. Matthias Kopp vom WWF sagt aber: „Es ist nicht der worst case.“²¹⁰ Da die erlaubten Speicher-Mengen zu gering sind, ist die industrielle Verwertbarkeit nicht möglich. Das positive mit dem Gesetz, laut WWF ist, dass man mit diesem Gesetz zumindest Tests machen könne. Greenpeace scheint damit zufrieden zu sein, dass „CCS im Inland vermutlich keine Chance mehr hat“ wegen zu geringen Speichermengen, die fürchten aber, einen Export von CO₂ durch Pipelines nach Polen.²¹¹ Damit kann man mit der CO₂-Abscheidung deutsche Kohlekraftwerke betreiben und das Speichern im Ausland durchführen. Ob es so kommen wird ist heute noch nicht abzusehen.

Bundesumweltminister Peter Altmaier sprach sich trotz des Beschlusses von 2012 gegen die CO₂-Speicherung aus und begründete seine Haltung mit der mangelnden Unterstützung der Bevölkerung für CCS: „Wir müssen realistisch sein: Gegen den Willen der Bevölkerung ist eine Einlagerung von CO₂ im Boden nicht durchzusetzen.“²¹² Diese Äußerung des Umweltministers zeigt, wie entscheidend Öffentlichkeitsarbeit und Meinungsbildung ist, wenn man sich in dem politischen Willensbildungsprozess durchsetzen will. Ohne die Unterstützung durch die Bevölkerung scheint es schwer zu sein, CCS-Kraftwerke in Deutschland zu entwickeln, die die ganze Prozesskette beinhalten.

Für Vattenfall ist der CCS-Prozess in Deutschland ein Beispiel für die Stärke einiger Umweltorganisationen, wenn es zu Lobbyismus kommt:

Wäre es tatsächlich so, dass "die Wirtschaft" so einflussreich in ihrem Lobbywirken wäre, wie dies manche annehmen, wäre das CCS-Gesetz nicht an der aggressiven Kampagne einiger NGOs sowie der mangelnden Courage der Politik gescheitert. Das Scheitern des CCS-Gesetzes ist ein Beleg für die "Blockaderepublik Deutschland", in der industrielle Chancen nicht genutzt und Wissenschaft behindert wird, da sich

²⁰⁸ Dirschauer 29.5.2013, Antwort: Frage 8.

²⁰⁹ Smid 27.06.2013, Antwort: Frage 8.

²¹⁰ Kopp 4.7.2013, Antwort: Frage 8.

²¹¹ Greenpeace, *Das CCS-Gesetz ist ein Geschenk an die Kohlenindustrie* (29.6.2012), URL: http://www.greenpeace.de/themen/energie/nachrichten/artikel/das_ccs_gesetz_ein_geschenk_an_die_kohleindustrie/ (Stand: 5.12.2013).

²¹² Spiegel Online, *Altmaier gegen CO₂-Speicherung* (23.7.2012), URL: <http://www.spiegel.de/wissenschaft/technik/ccs-altmaier-sieht-keine-zukunft-fuer-co2-speicherung-in-deutschland-a-845868.html> (Stand: 15.4.2013).

lautstarke und medial gut vernetzte Minderheiten im politischen Diskurs durchsetzen.²¹³

²¹³ Dirschauer 29.5.2013, Antwort: Frage 13.

6 Schlussfolgerung

Das Ziel dieser Masterarbeit war es, die Lobbyarbeit von drei Akteuren zu dem deutschen Gesetzesprozess zu CCS zu untersuchen. Drei qualitative Interviews wurden mit dem Energieunternehmen Vattenfall und den Umweltorganisationen WWF und Greenpeace durchgeführt. Nicht nur große Energieunternehmen wie Vattenfall, sondern auch Umweltorganisationen wie Greenpeace und WWF bekennen sich heute zur Lobbyarbeit. Bei dem Prozess zum deutschen CCS-Gesetz haben sowohl Vattenfall, als auch WWF und Greenpeace gezielt Lobbyarbeit gegenüber Entscheidungsträgern betrieben, wie zum Beispiel durch direkten Kontakt mit Entscheidungsträgern sowohl auf Bundes- als auch auf Länderebene.

Alle drei Akteure haben eine Strategie verfolgt, in der das Ausarbeiten von Wissen und Gespräche mit Entscheidungsträgern zentral ist. Vattenfall hat das Informationszentrum zu CCS-Technologien IZ Klima gegründet, während WWF und Greenpeace ihre eigenen Studien erarbeitet haben. Alle drei haben frühzeitig angefangen, die Entscheidungsträger zu beeinflussen, was bei Lobbying wichtig ist.

Nur WWF scheint professionelle Lobbyisten, u.a. ein ehemaliges Mitglied des deutschen Bundestages, für diesen Prozess benutzt zu haben. Ob das Benutzen von professionellen Lobbyisten erfolgreich gelaufen ist, ist schwer nachzuvollziehen. Ehemalige Bundestagsabgeordnete kennen aber das politische System von Innen und haben vermutlich ein gutes Netzwerk mit amtierenden Bundestagsabgeordneten und anderen Entscheidungsträgern. Wolfgang Dirschauer, der früher als energie- und umweltpolitischer Referent für die SPD-Bundestagsfraktion arbeitete, hat wahrscheinlich selber ein solches Netzwerk und der Bedarf für solche Dienste ist vielleicht deswegen nicht notwendig. Vattenfall beschäftigt auch alleine im Bereich der politischen Kommunikation 20 Personen und der Bedarf für externe Beratungen ist wahrscheinlich bei kleineren Organisationen wie WWF größer.

Weder Vattenfall, noch WWF oder Greenpeace haben zu diesem Gesetzgebungsprozess Geld an irgendwelche Parteien als Teil ihre Lobby-Strategie gespendet. Der Berichterstatter zu CCS bei der SPD, Marco Bülow, ist aber Mitglied von Greenpeace, was vielleicht einer besseren Kommunikation zwischen Bülow, der SPD und

Greenpeace diene. Ob das vorteilhaft für die Organisation war, ist aber durch diese Arbeit nicht geprüft worden. Wolfgang Dirschauer bezeichnet aber die schwarz-rote Regierung zu dieser Zeit als positiver gegenüber CCS als die spätere schwarz-gelbe Regierung.

Matthias Kopp und WWF meinen, dass der Einfluss gegenüber Entscheidungsträgern in dem Bereich Energie in gewissen Kernfragen im Vergleich mit den Energieunternehmen fast ausgewogen ist. Es scheint der Fall zu sein, dass viele NGOs, wie Greenpeace und WWF, heute sehr professionell Lobbyarbeit ausüben, und ständig mehr Einfluss auf die Politik gewinnen. Wolfgang Dirschauer behauptet, dass das CCS-Gesetz u.a. an den aggressiven Kampagnen einiger NGOs gescheitert ist. Die Annahme liegt nahe, dass es Greenpeace und einigen Bürgerinitiativen mit ihrer Strategie gelungen ist, Endlagerstätten für Atommüll und Speicherstellen für CO₂ im Bewusstsein der Menschen auf ein Niveau zu stellen. Die Speicherung in den Gebieten der Länder war auch bei der zweiten Runde des Gesetzesprozesses zu CCS eine heikle Frage bei der Abstimmung im Bundesrat, wo das Gesetz 2011 scheiterte. Bis einschließlich der Bundesratssitzung hat Greenpeace vor dem Bundesratsgebäude in Berlin demonstriert. Greenpeace hat gleichzeitig eine Art von *Doppelgleisigkeit* betrieben, indem sie sowohl Einfluss auf Entscheidungsträger ausübten als auch Demonstrationen durchführten. Von Demonstrationen war bei der Strategie von Vattenfall und WWF nicht die Rede. Alle drei haben aber versucht, die Öffentlichkeit zu beeinflussen durch Öffentlichkeitsarbeit.

Dass Meinungsbildung wichtig bei Lobbying ist, zeigen die Äußerungen des Umweltministers Altmaier, der sich CCS in Deutschland gegen den Willen der Bevölkerung nicht vorstellen kann. Zu der Öffentlichkeitsarbeit Vattenfalls äußerte WWF sich kritisch, weil es dem Energieunternehmen nicht gelungen ist, die Öffentlichkeit vor Ort positiv gegenüber CCS zu stimmen. Auf der anderen Seite ist eine große Mehrheit z.B. in der Lausitz (Brandenburg) für eine weitere Nutzung der Braunkohle in der Region. Hier muss unterstrichen werden, dass es möglich ist, sowohl für die weitere Nutzung der Braunkohle zu sein als auch gegen die CCS-Technik. Auf der anderen Seite setzte sich auch die politische Mehrheit des Landes Brandenburg für die CCS-Technologie ein.

Den Gegnern der CCS-Technologie ist es offensichtlich gelungen, die deutsche Bevölkerung von den Nachteilen von CCS zu überzeugen und die Mehrheit des Bundestages und Bundesrates gegen ein Gesetz stimmen zu lassen, das große CCS-Projekte in Deutschland ermöglicht hätte. Hier kann angenommen werden, dass die Argumente von Greenpeace

bezüglich der CO₂-Endlager zum zweiten Scheitern des Gesetzes und zu den geringen zulässigen Speichermengen im endlichen Gesetz beigetragen haben. Dass kleinere Organisationen wie Greenpeace Einfluss auf diese Prozess kriegte, zeigt, dass mehr Geld und mehr Lobbyisten nicht unbedingt dazu beitragen, mehr Einfluss in der Politik zu erlangen. Der Politikwissenschaftler Peter Lösche behauptet aber, dass es immer noch der traditionelle Großverband ist, der sich mit Kapital und Arbeit beschäftigt, der den größten gesellschaftlichen Einfluss hat. Anhand meiner Masterarbeit ist es aber nicht möglich festzustellen, ob Umweltorganisationen in Deutschland ihren Einfluss in der deutschen Politik auf Kosten der Industrie gestärkt haben.

Literaturverzeichnis

Bibliographie/ Papier-Publikationen

Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V.: „Kräftiger Anstieg des Energieverbrauchs“, Nr. 3/2013 (Pressedienst AG-Energiebilanzen, Berlin/Köln 27.05.2013).

Bausinger, Hermann: „Typisch deutsch – Wie deutsch sind die Deutschen?“ (Verlag C.H. Beck oHG, München 2005).

Brackmann, Bernd: „Macht des Lobbyismus oder Ohnmacht der Politik? – Eine diskursive Analyse“, Dozentin: Prof. Dr. Annette Zimmer (Westfälische Wilhelms Universität, Münster 31.1.2005).

Brockhaus, die Enzyklopädie in vierundzwanzig Bänden: „Gewaltenteilung, Gewaltentrennung“, in: *Bd. 8/24* (F.A. Brockhaus GmbH, Leipzig-Mannheim 1997).

Brockhaus, die Enzyklopädie in vierundzwanzig Bänden: „Lobbyismus“, in: *Bd. 13/24* (F.A. Brockhaus GmbH, Leipzig-Mannheim 1997).

Christoffersen, Line/Johannessen, Asbjørn/Tufte, Per Arne: „Introduksjon til samfunnsvitenskapelig metode“ (Abstrakt forlag AS, Oslo 2010).

Die deutsche Bundesregierung: „Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Demonstration und Anwendung von Technologien zur Abscheidung, zum Transport und zur dauerhaften Speicherung von Kohlendioxid – Drucksache 17/5750“ (Deutscher Bundestag, Berlin 9.5.2011).

Bülow, Marco: „Wir Abnicker – Über Macht und Ohnmacht der Volksvertreter“ (Econ/Ullstein Buchverlage GmbH, Berlin 2010).

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit(BMU): „Umweltbewusstsein in Deutschland 2006 – Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsfrage“ (BMU, Berlin 2006).

Bundesrat: „Beschluss des Deutschen Bundestages – Drucksache 376/12“ (Bundesrat, Berlin 28.6.2012).

Deutscher Bundestag: „Parteispenden über 50.000 € - Jahr 2006“ (2006-2007), URL: <http://www.bundestag.de/bundestag/parteienfinanzierung/fundstellen50000/2006/index.html> (Stand: 6.12.2013).

_____: „Unterrichtung durch den Präsidenten des Deutschen Bundestages: Bericht über die Rechenschaftsberichte 2008 und 2009 der Parteien sowie über die Entwicklung der Parteienfinanzen gemäß § 23 Absatz 4 des Parteiengesetzes – Drucksache 17/8200“ (Deutscher Bundestag, Berlin 16.12.2011).

Die Europäische Kommission: „Eurobarometer 75,1 – Awareness of the CO2 capture and storage technology - Results for Germany“ (Die Europäische Kommission, 2011).

Flick, Uwe/Kardorff, Ernst von/Steinke, Ines: „Qualitative Forschung im Kontext – Einleitung“, in: *“Qualitative Forschung” Ein Handbuch*, Hrsg.: Uwe Flick, Ernst von Kardorff, Ines Steinke (Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg 2010).

_____: „Was ist qualitative Forschung? Einleitung und Überblick“, in: *“Qualitative Forschung” Ein Handbuch*, Hrsg.: Uwe Flick, Ernst von Kardorff, Ines Steinke (Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg 2010).

Die Fraktion der FDP: „Rechtliche Grundlagen für die Einführung von CCS-Technologien unverzüglich Schaffen - Drucksache 16/11751“ (Deutscher Bundestag, Berlin 28.01.2009).

Greenpeace: „CO2-Endlager: Keine Lösung, sondern Risiko“ (Greenpeace e.V., Hamburg 9/2011).

Gullberg, Anne Therese/Helland, Leif: „Profesjonell lobbyisme: Norske elitors bruk og holdninger. in: Makt og demokratiutredningen 1998-2003 – Rapportserien Nr. 67/70“ (Unipub AS/Makt og demokratiutredningen 1998-2003, Oslo 2003).

Günther, Regine/Kopp, Matthias: „Stellungnahme zum Gesetzentwurf für ein Gesetz zur Demonstration und Anwendung von Technologien zur Abscheidung, zum Transport und zur dauerhaften Speicherung von Kohlendioxid – Ausschussdrucksache 17(16)265-E“ (Deutscher Bundestag, Berlin 6.6.2011).

Günther, Regine (WWF-Deutschland): „Korrigiertes Wortprotokoll (44. Sitzung): Öffentliche Anhörung, Protokoll Nr.17/44 - Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit“ (Deutscher Bundestag, Berlin 6.6.2011).

Heisterkamp, Ines: „Hintergrundpapier: Genese und Scheitern des deutschen CCS-Gesetzgebungsverfahrens(2008-2009)“ (Germanwatch e.V., Bonn 2010).

Hermanns, Harry: „Interviewen als Tätigkeit“, in: *“Qualitative Forschung” Ein Handbuch*, Hrsg.: Uwe Flick, Ernst von Kardorff, Ines Steinke (Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg 2010).

Hopf, Christel: „Qualitative Interviews – ein Überblick“, in: *“Qualitative Forschung” Ein Handbuch*, Hrsg.: Uwe Flick, Ernst von Kardorff, Ines Steinke (Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg 2010).

Jazbinsek, Dietmar/Klein, Heidi/Müller, Ulrich/Stötzel, Regina: „LobbyPlanet Berlin: Der Reiseführer durch den Lobbydschungel“ (LobbyControl – Initiative für Transparenz und Demokratie, Köln 2010).

Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP: „Wachstum. Bildung. Zusammenhalt.“ (CDU, CSU, FDP, Berlin 2009).

Koch, Hannes: „Lobby gegen Lobby: Wie Wolfgang Clement und Hermann Scheer um die innerparteiliche Ausrichtung der Energiepolitik kämpfen“, in: *Schluss mit Lobbyismus! 50*

einfache Fragen auf die es nur eine Antwort gibt, Hrsg.: Ines Pohl (Westend Verlag GmbH, Frankfurt/Main 2012).

Kühn, Michael: „Korrigiertes Wortprotokoll (44. Sitzung): Öffentliche Anhörung, Protokoll Nr.17/44 - Ausschuss f. Umwelt, Naturschutz u. Reaktorsicherheit“ (Deutscher Bundestag, Berlin 6.6.2011).

Leif, Thomas/Speth, Rudolf: „Demokratie braucht Lobbying“, in: *Die fünfte Gewalt – Lobbyismus in Deutschland*, Hrsg.: Thomas Leif/ Rudolf Speth (VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2007).

_____: „Einleitung“, in: *Die fünfte Gewalt – Lobbyismus in Deutschland*, Hrsg.: Thomas Leif/ Rudolf Speth (VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2007).

_____: „„Der Lobbyist will politische Entscheidungen beeinflussen“ Fragen an Lobbyisten“, in: *Die fünfte Gewalt – Lobbyismus in Deutschland*, Hrsg.: Thomas Leif/ Rudolf Speth (VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2007).

_____: „Titelseite“, in: *Die fünfte Gewalt – Lobbyismus in Deutschland*, Hrsg.: Thomas Leif/ Rudolf Speth (VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2007).

Lösche, Peter: „Verbände und Lobbyismus in Deutschland“ (Verlag Kohlhammer, Stuttgart 2007).

_____: „Anatomie des Lobbyismus“, in: *Die stille Mach. Lobbyismus in Deutschland*, Hrsg.: Thomas Leif/ Rudolf Speth (VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2003).

Lübbert, Daniel: „CO2-Bilanzen verschiedener Energieträger im Vergleich“ (Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Berlin 2007).

Lüders, Christian: „Beobachten im Feld und Ethnographie“, in: *„Qualitative Forschung“ Ein Handbuch*, Hrsg.: Uwe Flick, Ernst von Kardorff, Ines Steinke (Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg 2010), S.384-385.

Ministerium für Wirtschaft des Landes Brandenburg: „Energiestrategie 2020 des Landes Brandenburg“ (Ministerium für Wirtschaft des Landes Brandenburg, Potsdam 2008).

Minnecker, Carsten/Scharp, Michael: „Was ist Carbon Capture and Storage? Eine Kurzbeschreibung der Technologie mit kritischer Diskussion“ (Institut für Zukunftsforschung; Berlin 2012).

Pohl, Ines: „Ein Gespräch mit Timo Lange von LobbyControl – Warum Lobbyisten kontrolliert werden muss“, in: *Schluss mit Lobbyismus! 50 einfache Fragen auf die es nur eine Antwort gibt*, Hrsg.: Ines Pohl (Westend Verlag GmbH, Frankfurt/Main 2012).

Roose, Jochen: „Auf dem Weg zur Umweltlobby – Zur Vertretung von Umweltinteressen in Deutschland“, in: *Die fünfte Gewalt – Lobbyismus in Deutschland*, Hrsg.: Thomas Leif/ Rudolf Speth (VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2007).

Schmidt, Christiane: „Analyse von Leitfadeninterviews“, in: *“Qualitative Forschung” Ein Handbuch*, Hrsg.: Uwe Flick, Ernst von Kardorff, Ines Steinke (Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg 2010).

Schumacher, Hajo: „Die ewig netten Herren“ Berlin ist die Hauptstadt eines wild wachsenden Lobbyismus“, in: *Die fünfte Gewalt – Lobbyismus in Deutschland*, Hrsg.: Thomas Leif/ Rudolf Speth (VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2007).

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands(Landesverband Brandenburg) und Die Linke (Landesverband Brandenburg): „Gemeinsinn und Erneuerung: Ein Brandenburg für alle. Koalitionsvertrag zwischen SPD Brandenburg und Die Linke Brandenburg für die 5. Wahlperiode des Brandenburger Landtages.“ (Land Brandenburg, Cottbus 2009).

Speth, Rudolf: „Die Ministerialbürokratie: erste Adresse der Lobbyisten“, in: *Die fünfte Gewalt – Lobbyismus in Deutschland*, Hrsg.: Thomas Leif/ Rudolf Speth (VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2007).

Der Spiegel, *Verhängnisvolle Klausel* (SPIEGEL-Verlag, Hamburg Nr. 16/2011).

WWF, *Jahresbericht WWF Deutschland 2011/2012* (WWF, Berlin 2012).

Internet-Publikationen:

Allianz SE: „Allianz SE spendet an Parteien“ (28.6.2013), URL: https://www.allianz.com/de/presse/news/unternehmen/corporate_governance/news_2013-06-28.html (Stand: 19.7.2013).

Bellona: „Carbon capture and storage needed to reduce emissions sufficiently“ (5.5.2008), URL: http://www.bellona.org/articles/articles_2008/co2_presser (1.2.2013).

Bundesrat: „Unterirdische Speicherung von CO2 künftig zulässig“ (29.6.2012), URL: http://www.bundesrat.de/nn_1902976/DE/presse/pm/2012/104-2012.html?__nnn=true (Stand: 18.1.2013).

Bundesverband der Deutschen Industrie: „Unser Mandat“ (o.J.), URL: <http://www.bdi.eu/Mandat.htm> (Stand: 20.9.2013).

Deutscher Bundestag: „Biografien: Marco Bülow“ (o.J.), URL: http://www.bundestag.de/bundestag/abgeordnete17/biografien/B/buelow_marco.html (Stand: 30.10.2013).

_____ : „CCS-Technologien sollen in Deutschland erprobt werden“ (10.05.2011), URL: http://www.bundestag.de/presse/hib/2011_05/2011_188/03.html (Stand: 4.3.2013).

_____ : „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland“ (vom 23. Mai 1949, zuletzt geändert durch das Gesetz vom 11. Juli 2012), URL: http://www.bundestag.de/bundestag/aufgaben/rechtsgrundlagen/grundgesetz/gg_03.html (Stand: 3.2.2013).

Dirschauer, Wolfgang: „Partnerstandpunkt von Vattenfall Europe: Wie weiter mit CCS?“ in: EurActiv.de (21.5.2012), URL: <http://www.euractiv.de/energie-und-klimaschutz/analysen/wie-weiter-mit-ccs-006323> (Stand: 1.5.2013).

Erdmann, Georg: „Die Braunkohle ist das Aschenputtel der Stromerzeugung: Fleißig und billig. Und genau so unterschätzt“ in: Deutscher Braunkohlen-Industrie-Verein e.V. Online (o.J.), URL: http://www.braunkohle-forum.de/index.php?article_id=53 (Stand: 4.4.2013).

Focus Online: „CO₂-Verpressung: „Jetzt geht's erst richtig los““ (23.09.2010), URL: http://www.focus.de/politik/deutschland/tid-19943/energie-jetzt-gehts-erst-richtig-los_aid_554976.html (Stand: 20.9.2013).

_____ : „Kohleanteil steigt: Deutschland exportiert so viel Strom wie noch nie.“ (10.1.2013), URL: http://www.focus.de/finanzen/news/kohleanteil-steigt-deutschland-exportiert-so-viel-strom-wie-noch-nie_aid_895446.html (Stand: 3.2.2013).

Frankfurter Allgemeine Zeitung: „Union stellt sich gegen CO₂-Gesetz“ (16.6.2009), URL: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/emissionen-union-stellt-sich-gegen-co2-gesetz-1815942.html> (2.10.2013).

Google News: „CCS und [Vattenfall], [WWF], [Greenpeace]“ (1.1.2009-31.12.2009), URL: news.google.de (Stand: 5.11.2013).

Greenpeace: „Bundesrat stimmt CCS-Gesetz nicht zu“ (23.9.2011), URL: http://www.greenpeace.de/themen/klima/nachrichten/artikel/bundesrat_stimmt_ccs_gesetz_nicht_zu/ (Stand: 6.12.2013).

_____ : „Das CCS-Gesetz ist ein Geschenk an die Kohlenindustrie“ (29.6.2012), URL: http://www.greenpeace.de/themen/energie/nachrichten/artikel/das_ccs_gesetz_ein_geschenk_an_die_kohleindustrie/ (Stand: 5.12.2013).

_____ : „Fragen & Antworten zu Greenpeace“ (15.9.2012), URL: http://www.greenpeace.de/ueber_uns/nachrichten_ueber_uns/artikel/fragen_antworten_zu_greenpeace-1/ (Stand: 20.3.2013).

_____ : „Jahresbilanz 2012“ (Dezember 2012), URL: http://www.greenpeace.de/ueber_uns/finanzen_jahresberichte/jahresbilanz_2012/ (Stand: 30.04.2013).

Hampel, Christian: „CCS – Neue Richtlinie und Gesetzentwurf der Bundesregierung“ (20.07.2009), URL: <http://www.ewerk.hu-berlin.de/CCS-Neue-Richtlinie-und-Gesetzentwurf-der-Bundesregierung> (Stand: 04.2.2013).

Helseth, Jonas: „CCS in Germany – is it game over“ (10.10.2011), URL: <http://www.globalccsinstitute.com/insights/authors/jonahelseth/2011/10/10/ccs-germany-it-game-over> (Stand: 1.4.2013).

Klimaretter.info - Das Magazin zur Klima- und Energiewende: „Kirche erteilt CCS eine Absage“ (1.11.2010), URL: <http://www.klimaretter.info/protest/hintergrund/7218-kirche-erteilt-ccs-eine-absage> (Stand: 18.7.2013).

Lange, Timo: „Bundesländer: Lobby-Transparenz ungenügend“ in: LobbyControl.de (24.4.2013), URL: <https://www.lobbycontrol.de/2013/04/bundeslander-lobby-transparenz-ungenugend/> (Stand: 25.4.2013).

Lausitzer Rundschau: „Umfrage: 78 Prozent für eine weitere Nutzung der Braunkohle in der Lausitz“ (23.5.2013), URL: <http://www.lr-online.de/regionen/cottbus/Umfrage-78-Prozent-fuer-eine-weitere-Nutzung-der-Braunkohle-in-der-Lausitz;art1049,4218670> (Stand: 23.5.2013).

Märkische Oderzeitung: „EU-Millionen für Demo-Kraftwerk Jänschwalde“ (9.12.2009), URL: <http://www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/116465> (Stand: 5.10.2013).

_____: „Jürgen Maresch (Die Linke): Austrittserklärung aus dem Verein Pro Lausitzer Braunkohle“ (17.1.2013), URL: http://www.niederlausitz-aktuell.de/artikel_1214_26476.php (Stand: 4.4.2013).

Oljedirektoratet: „Myter og fakta om CO2-lagring“ (19.4.2010), URL: <http://www.npd.no/no/Tema/Miljo/Temaartikler/Myter-og-fakta-om-CO2-lagring/> (Stand: 14.4.2013).

Potsdamer Neueste Nachrichten: „Kompromiss mit Streitpotenzial“ (29.6.2012), URL: <http://www.pnn.de/brandenburg-berlin/659969/> (Stand: 3.12.2013).

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung: „Bundesregierung beschließt Ausstieg aus der Kernkraft bis 2022“ (o.J.), URL: http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Themen/Energiekonzept/AusstiegKernkraft/kernenergie/_node.html (Stand: 20.1.2013).

PRMagazin Online: „Energiebranche: Wer lenkt die Lobbyisten?“ (Nr.7/2011), URL: <http://www.prmagazin.de/meinung-analyse/hintergrund/wer-lenkt-die-lobbyisten.html> (20.1.2013).

Rheinische Post-Online: „Wofür wir Energie brauchen“ (30.1.2012), URL: <http://www.rp-online.de/niederrhein-sued/krefeld/nachrichten/wofuer-wir-energie-brauchen-1.2691165> (Stand: 6.7.2013).

Spiegel Online: „Altmaier gegen CO2-Speicherung“ (23.7.2012), URL: <http://www.spiegel.de/wissenschaft/technik/ccs-altmaier-sieht-keine-zukunft-fuer-co2-speicherung-in-deutschland-a-845868.html> (Stand: 15.4.2013).

_____: „Bürger haben desaströses Bild von Abgeordneten“ (18.07.2012), URL: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/umfrage-deutsche-massiv-unzufrieden-mit-arbeit-des-bundestags-a-845016.html> (Stand: 15.03.2013).

_____: „Alle Großspenden im Überblick“ (o.J.), URL: <http://www.spiegel.de/flash/flash-25268.html> (Stand: 08.11.2013).

_____ : „Schmuddelkind mit Waschzwang“ (4.4.2011), URL:
<http://www.spiegel.de/wissenschaft/technik/stromerzeugung-aus-kohle-schmuddelkind-mit-waschzwang-a-752821.html> (Stand: 1.4.2013).

Statista - Das Statistik-Portal: „Anzahl der Beschäftigten im Braunkohlenbergbau in der Lausitz in den Jahren von 1960 bis 2012“ (2013), URL:
<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/161205/umfrage/braunkohlenbergbau-beschaeftigte-in-der-lausitz-seit-1960/> (Stand: 7.6.2013)

Statoil: „Årsrapport 2008: Sleipner CCS“ (2009), URL:
http://www.statoil.com/AnnualReport2008/no/Sustainability/Climate/Pages/5-3-2-3_SleipnerCCS.aspx (Stand: 14.4.2013).

Das Strom-Magazin.de: „Vattenfall: Einer der größten Stromkonzerne Europas“ (o.J.), URL:
<http://www.strom-magazin.de/vattenfall-strom/> (Stand: 10.10.2013).

Der Tagesspiegel: „Braunkohle: Gut bezahlte Arbeitsplätze“ (16.2.2013), URL:
<http://www.tagesspiegel.de/berlin/braunkohle-gut-bezahlte-arbeitsplaetze/7792214.html> (Stand: 16.2.2013).

_____ : „CO₂-Endlagerung: Vattenfall lockt Gemeinden mit Geld“ (26.5.2010), URL:
<http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/co2-endlagerung-vattenfall-lockt-gemeinden-mit-geld/1845338.html> (Stand: 4.10.2013).

Die Tageszeitung: „Von Böcken, die Gärtnern“ (25.2.2013), URL:
<http://www.taz.de/1/archiv/archiv/?dig=2013/02/25/a0072> (Stand: 04.11.2013).

Vattenfall: „CCS – eine Technologie für den Klimaschutz“ (Stand: 29.5.2013), URL:
<http://corporate.vattenfall.de/de/ccs-technologie.htm> (Stand: 30.5.2013).

_____ : „Daten und Fakten zu Vattenfall in Deutschland“ (11.7.2013), URL:
<http://corporate.vattenfall.de/de/potrait-daten-fakten.htm> (Stand: 14.11.2013).

_____ : „Hängepartie um CCS-Gesetz erzwingt Aus für Milliardeninvestition in der Lausitz“ (5.12.2011), URL: <http://corporate.vattenfall.de/media-test/newstest-de/hangepartie-um-ccs-gesetz-erzwingt-aus-fur-milliardeninvestition-in-der-lausitz/> (Stand: 05.12.2013).

_____ : „Methoden der CO₂-Abscheidung“ (29.5.2013), URL:
<http://corporate.vattenfall.de/de/methoden-der-co2-abscheidung.htm> (Stand: 30.5.2013).

_____ : „Die Pilotanlage in Schwarze Pumpe“ (29.5.2013), URL:
<http://corporate.vattenfall.de/de/die-pilotanlage.htm> (Stand: 21.6.2013).

_____ : „Weltweiter Klimaschutz braucht CCS“ (29.5.2013), URL:
<http://corporate.vattenfall.de/de/gute-gruende-fur-ccs.htm> (Stand: 30.5.2013).

Wilke, Jürgen: „Funktionen und Probleme der Medien“ in: Bundeszentrale für politische Bildung Online (31.5.2012), URL: <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/139163/funktionen-und-probleme?p=all> (Stand: 02.10.2013).

WWF: „Jahresbericht 2011/12: Immer mehr Menschen für den WWF“ (2012), URL: <http://www.wwf.de/ueber-uns/jahresbericht/> (Stand: 14.11.2013).

_____: „Zusammenarbeit mit Unternehmen“ (o.J.), URL: <http://www.wwf.de/zusammenarbeit-mit-unternehmen/> (Stand: 07.11.2013).

Interviews:

Dirschauer, Wolfgang(Vattenfall-Deutschland): „E-mailinterview (29.5.2013)“.

Kopp, Matthias(WWF-Deutschland): „Telefoninterview (4.7.2013, 11UHR)“.

Smid, Karsten (Greenpeace-Deutschland): „E-mailinterview (27.6.2013)“.

Elektronische Post:

Helseth, Jonas: „Re: Masteroppgave – Co2-lagring” (E-Mail, 5.11.2012).

Soldal, Magnus(Norges Geotekniske Institutt): „Über Facebook 1.7.2013“ Auf meine Frage: Was ist der größte Herausforderung mit CCS momentan?

Strand Johansen, Åsmund: „CCS und Masterarbeit“ (E-Mail, Oslo 10.1.2013).

Tinglum, Andreas (Gambit Hill&Knowlton Norwegen): „Über Facebook 4.4.2013“ Auf meine Frage: Welche Ebene ist normalerweise das Ziel der Lobbyisten?

Anhang

Interviewleitfaden

Die Fragestellungen meiner Arbeit sind:

Welche Lobbystrategie haben Vattenfall, Greenpeace und WWF verfolgt? Können Lobbyismus und die Argumente dieser Akteure erklären, warum der Gesetzentwurf zu CCS (2009 – 2012) mehrmals gescheitert ist?

Sie spielen eine zentrale Rolle beim Vattenfall/WWF/Greenpeace und Sie sind deswegen eine potenziell wichtige Quelle/Informant meiner Masterarbeit. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie sich ein wenig Zeit nehmen könnten, um meine folgenden Fragen zu beantworten.

Wenn Sie irgendwelche Fragen haben, zögern Sie nicht mit mir, Kontakt aufzunehmen.

1. Was war Ihre Rolle beim Prozess des CCS-Gesetzentwurfes?
2. Was war die Zielsetzung von Vattenfall/WWF/Greenpeace zum CCS-Gesetzentwurf?
3. Hat Vattenfall/WWF/Greenpeace im laufenden Verfahren seine Zielsetzungen verändert (2009-2012)? Wenn ja, wie?
4. Was war die Strategie von Vattenfall/WWF/Greenpeace, um Einfluss zu bekommen? (Aktionen, Lobbyismus, Information an der Öffentlichkeit etc...)
5. Hat Vattenfall im Voraus versucht, Einfluss auf die Bundesregierung in der Frage der CCS-Regelung zu bekommen? (Kontakt mit Verwaltung/ Politikern usw...).
6. Hat Vattenfall/WWF/Greenpeace auch ein Mal professionelle Lobbyisten eingesetzt? (Mit professionellen Lobbyisten sind Lobbyisten, die nicht direkt bei Ihnen angestellt gemeint, wie bspw. Burson Marsteller).
7. Hat Vattenfall/WWF/Greenpeace professionelle Lobbyisten im Falle der CCS eingesetzt?
8. Sind Sie mit dem endlichen Beschluss (Beschluss des Bundestages von 28.6.2012) zufrieden?
9. Welche Änderungen hätten sie sich im CCS-Gesetz gewünscht?

10. Hat Vattenfall/WWF/Greenpeace Spenden an eine politische Partei geleistet? Wenn ja, welche Partei?
11. Was macht Vattenfall/WWF/Greenpeace, um Einfluss auf die Politik der Parteien auszuüben?
12. Der Bundestagsabgeordneter Marco Bülow(SPD) behauptet (Wir Abnicker 2010: S.169), dass die Umweltverbände es wegen ihrer deutlich geringeren personellen und finanziellen Ausstattung schwer haben, ein Gegengewicht zu den Unternehmen und ihren Vertretungen zu bilden. Während Prof. Peter Lösche behauptet in seinem Buch *Verbände und Lobbyismus in Deutschland* (2007: S.48), dass u.a. Umweltverbände immer professioneller werden und ständig mehr Einfluss auf die Politik gewinnen. Wie sehen Sie den Einfluss der Umweltbewegung auf die Politik im Vergleich zu den großen Energieunternehmen wie Vattenfall?
13. Gibt es sonst irgendetwas, das aus Ihrer Sicht zu diesem Thema (CCS und/oder Lobbyismus) wichtig wäre?

